

Njet!

Das kommunistische Jugendmagazin

Stalin.



~~Verräter~~

Held des Sozialismus?

Sachlich bleiben!

Ausgabe Nr. 9
April/Mai 2015

NEIN SAGEN. NJET! LESEN.

Inland:

- 3 «Mein Ziel? Die Revolution!»
- 5 Die Mär von der «Lohngleichheit»
- 8 **Milliardengeschenk für Gross-
unternehmen**

International:

- 9 «Rojava ist der Anfang»
- 11 **Nach Charlie Hebdo**

Stalin:

- 13 **Ein ideologischer Kampf**
- 17 **Die Wirtschaft unter Stalin**
- 21 **Die vertane Revolution**
- 25 **Unwiderruflich zerbrochen**

Kultur & Trash:

- 28 **Mangia, mangia!**
- 31 **Venus und Stalin**

Stalin:

Das Böse in Person. Der zweite Hitler. Ein irrer Massenmörder. So lauten gängige Vorstellungen über jene Person, die die Geschichte der Sowjetunion über drei Jahrzehnte hinweg lenkte. Viele Menschen denken automatisch an Stalin, wenn sie bloss das Wort «Kommunismus» hören. Wir, die Kommunist*innen sein wollen, müssen uns deshalb – ob wir wollen oder nicht – mit seiner Person und seinen Taten auseinandersetzen. Wir sollten uns aber nicht schon im Vorhinein Scheuklappen aufsetzen, nur weil der alte Kerl einen schlechten Ruf hat. Gleichzeitig müssen wir Stalins Fehler und Gräueltaten gnadenlos kritisieren, wo wir ihnen auf die Spur kommen. Für uns gilt: Sachlich bleiben!

Ist Stalin ein Vorbild für uns? Nein. Können wir von Stalin lernen? Ja. Denn die Ära unter Stalin gibt uns konkrete Lösungen (wenn auch nicht immer gute) auf Probleme, die der Sozialismus stellt. Probleme wie beispielsweise die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung, der Aufbau der Industrie, der Beziehung zwischen Stadt und Land. Es sind Probleme, die uns ein «realer» Sozialismus stellen wird. Mindestens in einem Punkt hat uns Stalin vorwärtsgebracht: Er hat uns die Antwort auf die Frage geliefert, ob es möglich ist, eine Wirtschaft aufzubauen, ohne Hilfe von aussen, in einer Welt, die einem feindlich gesinnt ist. Er hat es dabei geschafft, den Output von Industriegütern und Produktionsmitteln in schwindelerregende Höhen zu treiben. Der Konsum der Menschen blieb dabei auf der Strecke. Ziel des Sozialismus ist aber, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Die Wirtschaftspolitik Stalins kann deshalb kein Vorbild sein. Wir brauchen eine ausgewogenere Wirtschaftsentwicklung, die weniger stark auf Industriegüter fixiert ist. Die Sowjetunion unter Stalin hat allerdings den Beweis erbracht, dass eine Industrialisierung ohne Hilfe von aussen möglich ist. Bei Stalin zahlten die Bäuer*innen dafür. Wir dürfen uns nicht vor der Frage scheuen, wer oder wie man für den Aufbau des Sozialismus zahlen soll. Wir dürfen Stalins Fehler nicht wiederholen.

Impressum:

«Njet! - Das kommunistische Jugendmagazin»
Ausgabe Nr. 9, April/Mai 2015
Herausgeberin: Kommunistische Jugend Zürich
c/o PdA Zürich, Postfach 8721, 8036 Zürich
E-Mail: Zuerich@KommunistischeJugend.ch
Abopreis: 20 Franken normal / 40 Franken soli
PC: 60-729369-5

Gender*Sternchen

Im Njet! verwenden wir das sogenannte Gender*Sternchen, beispielsweise im Wort «Kommunist*in». Diese Schreibweise ist aus der Queer-Theorie entstanden. Mit dem Gender*Sternchen wird in den Wörtern Platz gemacht für die ganze Bandbreite an Gender und sexuellen Identitäten der Menschen. Kurz gesagt: Es soll nicht immer nur von heterosexuellen Männern die Rede sein und das wollen wir auch sprachlich ausdrücken. Beim Gender*Sternchen handelt es sich allerdings um eine blosses Formalität. Der Kampf gegen Sexismus, Antifeminismus, Homo- und Transphobie kann nur im echten Leben durch organisiertes Handeln geführt und auch gewonnen werden.



«Mein Ziel? Die Revolution!»

Anfang Januar ist im Kanton Waadt eine neue Sektion der Kommunistischen Jugend/Jeunes POP entstanden. Als ein erstes Projekt plant sie eine Kampagne für einen kostenlosen ÖV. Ein Interview mit ihrem Gründungsmitglied Gaël Vuillème (20).

**Wie lange bist du schon Mitglied der PdA-POP?
Was sind deine politischen Ziele?**

Gaël Vuillème: Ich bin seit bald zwei Jahren Mitglied in der Partei. Die KJ Neuchâtel habe ich zum ersten Mal an einer Solidaritätsdemo getroffen für die streikenden Pfleger*innen des Spitals «La Providence» in Neuchâtel. Seither nahm ich regelmässig an ihren Treffen und Aktivitäten teil.

Meine Ziele? Ich würde sagen, die Revolution! Wir müssen die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit ändern, wir müssen die Macht stürzen, welche die Patrons und die Bourgeoisie im Allgemeinen besitzen – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Wir müssen eine Welt aufbauen, die auf Solidarität basiert, wo Gesundheit und Bildung kein Luxus ist, wo die Demokratie nicht vor dem Fabrikator oder dem Büro Halt macht. Und diese Gesellschaft hat einen Namen: Sozialismus.

Ein kurzfristigeres Ziel könnte aber eine kostenlose, qualitativ hochstehende Ausbildung für alle sein. Tatsächlich wird in vielen Kantonen an den Bildungsausgaben gespart, sehr oft mit Unterstützung der SP. Man sieht immer wieder, dass die Parteien, von der extremen Rechten bis Mitte-«links», jederzeit bereit sind, die Studiengebühren zu erhöhen, an der ETH Lausanne zum Beispiel erst vor Kurzem. In zahlreichen Kantonen wird der Zugang zum Studium

erschwert und die Stipendien werden gesenkt. Nur wenn man den Jungen die Möglichkeit gibt, ihren Weg selber zu wählen, werden sie ihr Potenzial voll ausnutzen können.

Du stammst aus dem Kanton Neuenburg; wie wichtig glaubst du, ist die Zusammenarbeit zwischen den Sektionen der PdA-POP?

Für die Parteijugend scheint mir eine Zusammenarbeit unentbehrlich. Sie ist zwar einfacher mit den Romands, aber sie ist auch möglich mit den Deutschsprachigen. Unsere Bildungsweekends wie der Rote Oktober in Bern und die Form'action in Neuchâtel sind gute Beispiele dafür. Bei unserer geplanten Kampagne für einen kostenlosen ÖV werden wir auch Material der Neuenburger*innen benutzen. Auch, dass sich das Logo der Jeunes POP demnächst ändern wird, darüber diskutieren wir untereinander in den Sektionen Neuchâtel und Waadt. Selbstverständlich sind Verbesserungen möglich: wir könnten unsere Flyer, Plakate und anderes Material austauschen. Aber bevor wir eine starke nationale Jugend der PdA-POP aufbauen, sollten wir, glaube ich, unsere Sektionen stärken. Wir haben noch nicht genug Mitglieder und damit Kraft, um auf der nationalen Bühne zu spielen. Das ist ein Ziel, das man im Kopf behalten muss. Wir

dürfen uns nicht damit zufrieden geben, nur Kontakte mit anderen Jugendlichen zu haben, es ist auch äusserst wichtig, dass wir nahe an der PdA-POP bleiben. Wir haben eine nationale Partei und können davon profitieren, aus ihren Erfahrungen zu lernen. Wir werden uns deshalb auch aktiv an der Kampagne zur Volksinitiative für die Altersvorsorge der PdA beteiligen. Wir kämpfen damit für die AHV unserer Grosseltern, unserer Eltern und für unsere in ein paar Jahren! Die generationenübergreifende Solidarität gerät allzu oft in den Hintergrund. Was uns vereint, ist nicht unser Jahrgang, sondern unsere Lebensbedingungen und unser Wunsch nach Veränderung.

Du bist Gründungsmitglied der KJ Waadt. Was habt ihr vor, was für Projekte stehen an?

In der ersten Hälfte des Monats Februar werden wir mit einer Kampagne für einen kostenlosen ÖV für Lehrlinge, Schüler*innen und die unter 25-Jährigen beginnen. Dazu werden wir eine Petition lancieren und Unterschriften sammeln gehen an möglichst vielen Schulen, aber auch auf den Strassen im Kanton. Wir stehen aus verschiedenen Gründen hinter unserem Projekt. Erstens sind die Abonnements sehr teuer (350 Franken für ein Abonnement mit zwei Zonen zum Beispiel). Wären sie kostenlos, würden sie das Budget der Jungen und Familien entlasten. Es würde vielleicht auch den einen oder die andere Jugendliche davon abhalten, sich ein Auto zu kaufen, was uns zum zweiten Aspekt unserer Kampagne bringt: Umweltschutz. Die Parteien reden viel darüber, wir schlagen eine konkrete Massnahme vor, die nicht viel kostet und die Leute dazu bringt, öffentliche Transportmittel zu benutzen. Der letzte Punkt berührt auch das Recht auf Mobilität. Wir alle bewegen uns fort und sind gezwungen, Verkehrsmittel zu benutzen, deshalb muss der ÖV – wie die Bildung und die Gesundheit – gratis sein. Wir hoffen, im Laufe der Kampagne auch neue Mitglieder zu gewinnen. Falls eine Leserin oder ein Leser jemanden kennt, der Interesse hätte, bei uns



Der 20-jährige Gaël Vuilleme ist aktiv in der KJ Waadt.

mitzumachen, soll er/sie sich doch bitte melden! Eine der Aufgaben der Kommunistischen Jugend ist die politische Bildung. Wir lernen gerade, wie man eine Kampagne führt, aber es ist ebenso wichtig, sich theoretisch zu bilden. Ich würde deshalb sehr gerne einen kleinen Kurs über die Parteigeschichte oder die Grundlagen des Marxismus organisieren.

Die Jugend interessiert sich oft nicht für die öffentlichen Debatten und nimmt nicht daran teil... Was hätte sie davon, wenn sie sich einbringt?

Zuerst einmal glaube ich nicht, dass es sich um ein Generationenproblem handelt, sondern um ein gesellschaftliches. Die Jungen interessieren sich für Politik. Das Problem ist allgemeiner: Es sind Personen mit wenig Bildung, die nicht wählen. Das hat seine Gründe. Erstens haben die Besitzenden keinerlei Interesse daran, dass sich etwas ändert. Im Gegenteil! Dann gibt es das Problem mit dem Zugang zu Informationen. Die Medien in der Schweiz sind in den Händen mächtiger Gruppen konzentriert, die ganz offensichtlich die Interessen der Bürgerlichen vertreten. Weshalb erscheinen wohl die Kommunikés der PdA-POP nicht in den Zeitungen? Ausser dem Zugang zu Informationen stellt sich auch die Frage nach ihrer Qualität. Ein Artikel in den «20 Minuten» oder auf Facebook lässt oft zu wünschen übrig. Was hätten wir also von einer pluralistischen, offenen Presse? Einerseits die Achtung unserer Rechte, andererseits eine Möglichkeit zur Aneignung von Neuem.

Ein Wort zum Abschluss?

Mach bei uns mit! Wenn du unter dreissig bist, musst du in die Kommunistische Jugend. Wenn du älter bist, geh' in die PdA-POP, wo wir uns in einigen Jahren wiedertreffen werden. Und zum Schluss: Vorwärts zum Sozialismus!

Kommunistische Jugend Waadt
Kontakt: info@KommunistischeJugend.ch



Westschweizer Genoss*innen der Kommunistischen Jugend an der Frauendemo in Bern.
Foto: KJ Schweiz, 07.03.2015.

Die Mär von der «Lohngleichheit»

Zum diesjährigen Internationalen Frauenkampftag demonstrierten tausende Menschen gegen die Lohndiskriminierung von Frauen. Trotz gesetzlicher Regelung wird der Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» von Unternehmen systematisch missachtet. Mit obligatorischen Kontrollen und Sanktionierungsmöglichkeiten wollen die Gewerkschaften dagegen angehen.

Seit mehr als 33 Jahren gilt in der Schweiz das Gleichstellungsgesetz. Seit mehr als 33 Jahren wird es von den Unternehmen ignoriert. Nun regt sich Protest. Rund 12'000 Personen waren am 7. März dem Appell eines Demonstrationsbündnisses, bestehend aus 48 Frauenorganisationen von links bis rechts, gefolgt und trugen die Forderung nach «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» auf die Strasse. Rund 24 Jahre nach dem historischen Frauenstreiktag von 1991, zu dem fast eine halbe Million Arbeiter*innen ihre Tätigkeit niedergelegt hatten, sei es an der Zeit, einem «der grössten Skandale der Schweiz» ein Ende zu bereiten, erklärte die Gewerkschaft Unia.

Die «Lohngleichheit» ist seit 1981 in der Bundesverfassung und seit 1996 – im Nachgang zum Frauenstreiktag – im Gesetzbuch verbindlich verankert. Dennoch verdienen Frauen gemäss den neusten Erhebungen des Bundesamts für Statistik (BFS) aus dem Jahr 2012 in der Schweiz immer noch rund 19 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Eine Differenz von durchschnittlich 677 Franken pro Monat. Der Unterschied zu Staaten, die kein gesetzliches Verbot von Lohndiskriminierung kennen, ist marginal. In Deutschland etwa liegt die Differenz bei rund 22 Prozent. Begründen könne man den Ge-

haltsunterschied zwischen den Geschlechtern teilweise durch Faktoren wie Ausbildung, Qualifikation und beruflicher Stellung, dennoch bleibt, gemäss BFS, eine «unerklärbare» Differenz von 8.7 Prozent. In Branchen mit hohem Frauenanteil – wie etwa in der Pflege und im Detailhandel – sind die Zustände für die Arbeiter*innen noch gravierender: Die Löhne sind auf unterdurchschnittlichem Niveau und das Lohngefälle zwischen Mann und Frau noch höher als in anderen Wirtschaftszweigen. Der Gesamtwert der «Einsparungen», welche Unternehmen durch die Zurücksetzung der Frauen in der Arbeitswelt erzielen, beläuft sich in der Schweiz auf insgesamt 7.7 Milliarden Franken pro Jahr. Geld, das den Frauen nicht nur während ihrer Erwerbszeit, sondern auch später im Rentenalter fehlt.

Selbst verantwortlich

Der Grund, warum das vorhandene Gesetz gegen «Lohndiskriminierung» nicht greift, ist simpel: Privaten Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen ist es freigestellt, zu prüfen, ob sie eine diskriminierende Lohnpolitik führen und beheben wollen. Der Staat leistet den Unternehmen dabei finanzielle und personelle Unterstützung, der Blick in die Lohnbuchhaltungen bleibt aber verwehrt. Stichkontrollen

vornehmen dürfen die Behörden nur bei der Vergabe von Bundesaufträgen. Gemäss des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung (EBG) wurden in diesem Bereich bisher jedoch lediglich 43 von rund 300'000 Unternehmen und Organisationen, mit denen der Bund Geschäftsbeziehungen unterhält, geprüft. Kurzum: Für die Durchsetzung des Verfassungsrechts ist jede Frau selber verantwortlich. Und nicht selten führt dieser Weg vor Gericht. Mehr als 262 Fälle von Lohnungleichheit sind in der Schweiz in den vergangenen 19 Jahren eingeklagt worden. Die Dunkelziffer dürfte allerdings um einiges höher sein, da viele Betroffene entweder gar nicht erst um die Diskriminierung wissen oder den kräftezehrenden Rechtsweg nicht auf sich nehmen können. Dass das Einklagen von Lohn ein aufreibender und langwieriger Weg ist, zeigt das Beispiel einer Schneiderin aus Lausanne. Seit mehr als zwei Jahren führt die Frau einen Rechtsstreit gegen das Unternehmen, in dem sie sechs Jahre lang tätig war. Nachdem sie festgestellt hatte, dass sie als Fachperson mit Berufserfahrung monatlich rund 1'200 Franken weniger verdient als ein Arbeitskollege ohne eigentliche Qualifikation, verlangte sie bei ihrem

Chef eine Lohnerhöhung. Kurze Zeit später kam die Kündigung. Die Schneiderin zog vor Gericht, doch die Anordnung eines wissenschaftlichen Attests, mit dem die Lohnungleichheit bewiesen werden muss, wurde von der Justiz – zugunsten des Unternehmens – verzögert. Bis heute lässt der Urteilspruch auf sich warten.

Freiwillige Prüfung?

Die Gewerkschaft Unia spricht von «Verschleppungstaktik» und einem «hürdenreichen Weg». Nichtsdestotrotz sieht die Unia-Gleichstellungssekretärin Corinne Schärer in den Lohnklagen «das wichtigste Mittel», um Druck aufzubauen. Gewerkschaftliche Organisation und Arbeitskämpfe gegen diskriminierende Entlohnung sind bisher kein Thema zur Durchsetzung der «Lohnungleichheit». Man konzentriert sich weiterhin auf den Rechtsweg und die Forderungen, die man bereits im Jahr 2007 gestellt hat. Damals, als das Parlament eine Sondersitzung zur Diskussion des Gleichstellungsgesetzes abhielt, verlangten die Gewerkschaften nach «griffigen Massnahmen» wie Kontrollen und Sanktionen. Ohne Erfolg. Der Bundesrat entschied stattdessen, in eine



Über 12'000 Frauen und Männer gingen am 7. März nach Bern, um für Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern zu demonstrieren. Neben den vielen Gewerkschaftsgruppen war auch die Partei der Arbeit und die Kommunistische Jugend vor Ort. Foto: KJ Schweiz, 07.03.2015.

zusätzliche freiwillige «Förderungsmassnahme» zu investieren und einen »Lohnleichheitsdialog« zwischen den «Sozialpartnern» zu veranlassen. Dabei konnten sich alle Unternehmen in der Schweiz einer externen Kontrolle unterziehen, um zu prüfen, ob sie eine diskriminierende Lohnpolitik führen. Doch während der fünfjährigen Pilotphase machten lediglich 50 Unternehmen von diesem «Angebot» Gebrauch. Davon waren 70 Prozent staatlich oder «staatsnah».

Ein ernüchterndes Ergebnis. Selbst der Bundesrat musste daraufhin im vergangenen Oktober eingestehen, dass «freiwillige Lösungen alleine nicht zum Ziel führen». Justizministerin Simonetta Sommaruga kündigte eine «Verschärfung» des Gleichstellungsgesetzes an, die vorsieht, dass Unternehmen künftig alle drei Jahre eine «Lohnanalyse» durchführen, das Resultat von einem «Dritten» ihrer Wahl bestätigen lassen und im Geschäftsbericht erwähnen, dass die gesetzliche Pflicht eingehalten worden sei. Darüber, wie gross die tatsächlich festgestellte Lohndifferenz ist und welche Massnahmen ergriffen wurden, sollen die Unternehmen keine Rechenschaft ablegen müssen. Man wolle «keine Lohnpolizei» und dass «die zusätzliche administrative Belastung für die Unternehmen gering bleibt», so die SP-Bundesrätin.

Dass Bewegung in die Lohnleichheitsdiskussion kommt, begrüsst die Gewerkschaften zwar als einen «Schritt in die richtige Richtung», die bundesrätliche Vorstellung der «Gesetzesverschärfung» teilen sie aber nicht. Die vorgesehenen Massnahmen seien «zahnlos», es brauche verbindliche Kontrollen, eine Meldebehörde und die Möglichkeit, Unternehmen zu sanktionieren, wenn sie Diskriminierung nicht beheben, heisst es seitens der Unia. Dem Gewerkschaftsbund schwebt eine Kontrollstelle in Form einer «Tripartiten Kommission» vor. Ein Organ zur «Beobachtung des Arbeitsmarkts», wie es aktuell in Zusammenhang mit den «flankierenden Massnahmen» eingesetzt wird und das befugt ist, die Einhaltung von Arbeitsverträgen zu kontrollieren, Verstösse wie Lohndumping an die kantonalen Vollzugsbehörden zu melden und «Massnahmen» zu beantragen. Einsitz haben Vertreter*innen der «Sozialpartner» – Gewerkschaften und Unternehmen – sowie der Behörden. Diesem Kräfteverhältnis entsprechend ist die Durchschlagskraft der Kommission: Immer wieder werden Forderungen nach Einhaltung und Verschärfung der «flankierenden Massnahmen» laut. Im Basler Parlament hiess es im September 2012 sogar: «Die Tripartite Kommission muss endlich ihre Kontrollfunktion gemäss Auftrag

ausführen.» Der Tages-Anzeiger titelte im April 2014: «Flankierende Massnahmen sind fast folgenlos» und die Unia führt eine lange Liste mit Forderungen zur «Verstärkung der flankierenden Massnahmen», die seit jeher unverändert blieb.

Torpedierte Lohnleichheit

Eine Erfolgsgeschichte sieht anders aus. Nichtsdestotrotz schwebt den Gewerkschaften auch für die Durchsetzung der «Lohnleichheit» eine Tripartite Kommission als Kontrollgremium und somit die «Zusammenarbeit» mit den Unternehmen vor. Alternative Ideen sind Mangelware, wie sich an der Frauendemonstration am 7. März zeigte, als die SP-Frauen-Präsidentin Yvonne Feri «vielleicht ein bisschen provokativ» anregte, man solle «die Männerlöhne bei Ungleichheiten gegen unten korrigieren». So könne die Wirtschaft sparen und dieses Geld in gleichstellungspolitische Massnahmen investieren.

Die Unternehmen dürften applaudiert haben, denn sparen steht bei ihnen derzeit ausserordentlich hoch im Kurs. Aufgrund des «starken Frankens» sehen sich Firmen, vor allem im Exportbereich, «unter Druck». Mögliche Einbussen sollen kompensiert werden. Mehr Arbeit zu weniger Lohn sowie Stellenstreichungen wurden mancherorts bereits durchgesetzt. Und damit die Wirtschaft noch freier walten kann, rief die SVP Ende Februar – dem Appell von UBS-Chef Sergio Ermotti folgend – zu einen «Deregulierungspakt» zwischen Wirtschaft und Politik auf. Lohnleichung gegen oben und Kontrolle von Unternehmen kommt für die SVP nicht in Frage. So soll auch die Frauendiskriminierung fortgesetzt werden, wie SVP-Parteipräsident Toni Brunner im Interview mit der NZZ am Sonntag darlegte. Die vom Bundesrat geplante «Lohnpolizei» müsse man «abbrechen oder wenigstens sistieren», so Brunner. Gestützt werden die Rechtspopulisten von der CVP und der FDP. Die «Frankenstärke» dient als dankbarer Vorwand, um das Ansinnen für «Lohnleichheit» weiter zu torpedieren.

«Das werden wir verhindern», konterte indes der Gewerkschaftsbund. Man wolle nun aber den konkreten Gesetzesentwurf abwarten, den die Regierung im Sommer vorlegen wird. Sollten die Anliegen der Frauen weiter auf die lange Bank geschoben werden, würde man wieder auf die Strasse gehen. Dennoch ist absehbar, dass die Diskriminierung von Frauen ohne eine entschiedenere Haltung weiter Realität sein wird.

Patricia, Bern



Die Reichen haben mit dieser Reform gut zu lachen: Kristy Bertarelli gehört zur 5. reichsten Familie der Schweiz, ist Keramikfabrikanten-Tochter und Gattin eines Pharma-Milliardärs. Foto: Marcel Haufli, Bern, 14.12.2010.

Milliardengeschenk für Grossunternehmen

Die schweizerische Regierung will den Unternehmen 2.2 Milliarden Franken pro Jahr schenken. Die neue Unternehmenssteuerreform wird damit bloss eine Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung bringen.

Am 31. Januar ging die Vernehmlassung zur dritten Unternehmenssteuerreform (USR III) zu Ende. Diese Reform, von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf vorangetrieben, würde laut Bundesrat «das schweizerische Steuersystem weiterentwickeln und die Wettbewerbsfähigkeit stärken». Worum geht es in Wirklichkeit?

Die Regierung lügt

Am 24. Februar 2008 scheiterte das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform II (USR II) an 20'000 Stimmen. Damals prognostizierte der Bundesrat in seiner Abstimmungsbroschüre einen maximalen Verlust von 933 Millionen Franken für die Bundeskasse. Drei Jahre später musste er zugeben, dass diese Reform den Kantonen und Gemeinden innerhalb von zehn Jahren mehr als sieben Milliarden kosten wird. Eine krasse Lüge der Regierung also, die mit Sicherheit das Abstimmungsresultat entschieden hat.

Als ob das nicht genug wäre: Die aktuelle Reform macht den Unternehmen ein neues, gewaltiges Geschenk. Diesmal wird sie einen Verlust von mindestens 2.2 Milliarden Franken pro Jahr erzeugen. Das Projekt von Widmer-Schlumpf sieht vor, den Steuersatz zugunsten der mittleren Unternehmen von 21.8 auf etwa 16 Prozent zu senken. Vorgebliches Ziel ist, der unterschiedlichen Besteuerung von in- und ausländischen Unternehmen durch die Kantone ein

Ende zu setzen, weil dies gegen EU-Recht verstösst und die EU Druck gemacht hat, dass gewisse kantonale Steuerprivilegien abgeschafft werden sollen. Trotzdem soll die Schweiz für Unternehmen attraktiv bleiben: Neue Steuerprivilegien (sogenannte Lizenzboxen) sollen eingeführt werden.

Solche Massnahme werden garantiert bloss eine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung bringen, was die USR II bereits bewiesen hat: Sie musste mit einem massiven Abbau im sozialen Bereich finanziert werden.

Eine Kapitalgewinnsteuer als Zuckerwürfel

Um die USR III der Bevölkerung schmackhaft zu machen und sich der Unterstützung eines Teils der Linken zu versichern, schlägt der Bundesrat gleichzeitig die Einführung einer neuen Kapitalgewinnsteuer vor. Diese dürfte ungefähr 300 Millionen Franken pro Jahr einbringen und die Steuerausfälle etwas abmildern. Auch wenn eine solche Steuer eine alte Forderung der fortschrittlichen Parteien ist, sie müsste die Finanzierung und Stärkung der Sozialversicherungen bewirken und nicht bloss dazu benutzt werden, um eine Reform durchzubringen, die vollständig den Interessen der Bevölkerung zuwiderläuft.

Amanda, Neuchâtel



Genossin Ivana Hoffmann vor der Fahne der MLKP in ihrem Einsatzgebiet in Syrien. Grafik: KU Schweiz, 2015.

«Rojana ist der Anfang»

Eine junge Kommunistin aus Deutschland ist im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) ums Leben gekommen. Ohne jeglichen familiären Bezug zur Region oder Kultur hat sie sich dem Befreiungskampf der syrischen Kurd*innen angeschlossen.

Nach Rojava ist sie gegangen, um die Revolution zu verteidigen. Weil man hier für die Menschlichkeit kämpfen würde. Weil man hier den Internationalismus vertreten könne. «Ich will ein Teil der Revolution in Rojava sein, ich will den Kampf, der alle unterdrückten Völker verbindet, kennenlernen und vor allen Dingen die Revolution in Rojava, wenn es sein muss, mit meinem Leben verteidigen», schrieb die 19-jährige Ivana Hoffmann in einem Brief. Am 7. März wurde sie im Kampf gegen den IS im Nordosten Syriens getötet.

In Syrien und im Irak herrscht Krieg. Der radikal islamistische IS versucht hier, mit Gewalt an die Macht zu gelangen. Offensichtlich hat das Vorhaben eine starke Anziehungskraft für junge Muslimas und Muslime in Europa. Nur schon aus Deutschland sollen Hunderte für den IS in ihren reaktionären Krieg gezogen sein.

Im Norden Syriens, in Rojava, haben die Kurd*innen den syrischen Bürgerkrieg ausgenutzt und sich in ihren Gebieten Selbstbestimmung und Autonomie erkämpft. Hier ist ein einmalig progressives Projekt

entstanden: Religiöse und ethnische Minderheiten werden geschützt und in die Selbstverwaltung einbezogen. Es wurden basisdemokratische Strukturen aufgebaut. Und die Frauen haben das ihnen gebührende Mitspracherecht durchgesetzt.

Rojava ist damit umgekehrt zum IS zu einem Sehnsuchtsort für Linke geworden. Allerdings hält sich der Zufluss von internationalen Kämpfer*innen in Grenzen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz spricht von einer zweistelligen Zahl von Personen aus Deutschland, die in den Reihen der syrisch-kurdischen YPG-YPJ, der türkisch-kurdischen PKK oder ihrer Verbündeten kämpfen. Die meisten davon dürften auch einen familiären Bezug zu dieser Region haben. Nicht so Ivana Hoffmann.

«Ein sozialer Mensch»

Ivana Hoffmann wuchs in Duisburg in Deutschland auf. Sie war noch in der Schule, stand vor dem Abitur. Ihr Vater stammt aus Togo, die Mutter ist Deutsche. Sie sagte über Ivana: «Überall, egal ob in der Schule, beim Fussball, überall war sie beliebt. Ein fröhlicher Mensch war sie, sie hat jeden zum Lachen gebracht.» Wie kam es nun dazu, dass diese junge Frau ihr Leben hergab für diesen Kampf, der nicht der ihre zu sein scheint?

«Ivana war ein sozialer Mensch», erzählt einer ihrer Duisburger Freunde. «Sie wuchs mit vielen türkischen und

kurdischen Freunden auf, sie konnte Türkisch und Kurdisch und sie hat sich für Frauenrechte eingesetzt. Sie wollte die Revolution von Rojava verteidigen, die ja auch eine Revolution der Frauen ist.»

Ivana war seit ihrem 13. Lebensjahr in der migrantisch geprägten kommunistischen Jugendorganisation «Young Struggle» in Duisburg aktiv, die der türkischen Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP) nahesteht; später war sie auch direkt bei der MLKP. In Syrien gibt es MLKP-Mitglieder, die unter dem Oberkommando der YPG kämpfen. Einer davon war Suphi Nejat Ağırnaslı, der im Oktober im Alter von 30 Jahren bei den Kämpfen um Kobanê getötet wurde. Er stammte ebenfalls aus Duisburg, war aber bereits vor einigen Jahren zum

Studieren nach Istanbul gegangen. Die zweite Person aus Deutschland, die im Bürgerkrieg fiel, ist nun Ivana Hoffmann.

Die MLKP schreibt: «Unsere Genossin ist [...] ein Beispiel für die Loslösung von allen Fesseln geworden. Statt eines anderen geordneten Lebens, hat sie sich für die Revolution entschieden.»

Für Ivana selbst scheint es nicht der Fall gewesen zu sein, als ob sie ein «geordnetes Leben» verlassen hätte. Noch vor ihrem Aufbruch in den Krieg stellte sie sich die Sache folgendermassen vor: «Ich werde erfahren, wie es sich anfühlt, eine Waffe in der Hand zu haben. Ich werde das Leben anders spüren, intensiver und geordneter.»



Ivana an einer Demo der MLKP. Foto: Young Struggle.

Eine Freiheitskämpferin

Vor einem Dreivierteljahr hat Ivana die Schule abgebrochen, um sich unter dem Codenamen Avaşin Tekeşin Güneş einer internationalen Brigade der MLKP anzuschliessen, die im kurdischen Selbstverwaltungsgebiet Rojava gemeinsam mit den kurdischen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG-YPJ gegen den IS kämpft. Der Mutter erklärte sie: «Ich möchte meinen Weg gehen und Freiheitskämpferin werden.»

Ivana Hoffmann war am schweren russischen Maschinengewehr BKC ausgebildet worden und hat im syrischen Kanton Cizîrê gekämpft. Ivana sei bis «zur letzten Kugel» gegen die «ISIS-Banden kämpfend bei der Verteidigung des assyrischen Dorfes Til Hemis gestorben».

In jener Nacht sei sie mit «weiteren Kämpfern der YPG gefallen», der Angriff auf das christliche Dorf sei aber abgewehrt worden.

Ivana Hoffmann kämpfte in Rojava, weil ihr bewusst war, was auf dem Spiel steht: «Wir sind hier, um für die Freiheit zu kämpfen. Denn Rojava ist der Anfang, Rojava ist unsere Hoffnung.»

Şehîd namirin! Die Gefallenen sind unsterblich!

Berxwedan jiyane! Widerstand heisst Leben!

Jin, jiyane, azadî! Frauen, Leben, Freiheit!

Emma, Bern



Foto: Thierry Ehrmann, Lyon, 08.01.2015.

Nach Charlie Hebdo

Nach den Anschlägen auf die Redaktion von Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt haben die europäischen Regierungen begonnen, die Überwachung zu verstärken und demokratische Freiheiten einzuschränken.

Attentate haben oft als Vorwand gedient, um die Verstärkung von Sicherheitsmassnahmen zu legitimieren, die Überwachung zu verstärken und demokratische Freiheiten einzuschränken. Nach den Anschlägen vom 11. September 2011 in den Vereinigten Staaten hat der Patriot Act genau dazu geführt. Mit ihm wurde der Status des Feindlichen Kombattanten und Ungesetzlichen Kombattanten geschaffen, der es der Regierung erlaubt, jede Person, die des Terrorismus verdächtigt wird, auf unbegrenzte Zeit und ohne Anklage gefangen zu halten. Die Reaktionen der Länder in Europa nach den Attentaten in Paris gehen in dieselbe Richtung. Ein paar Beispiele:

Frankreich

Die allgemeine Aufregung war noch nicht vergangen, als der französische Ministerrat bereits ein Massnahmenpaket erörterte, um der «terroristischen Bedrohung» zu begegnen. Das war am 14. Januar, eine Woche nach den Anschlägen auf Charlie Hebdo und den Supermarkt Hyper Cacher. Am 21. Januar kündigte Manuel Valls, der französische Premierminister, in Paris sein Vorhaben an: 2'680 zusätzliche Arbeitsstellen für den Kampf gegen den Terrorismus werden geschaffen, davon 1'400 in der Polizei. 735 Millionen Euro auf drei Jahre sollen unter anderem zur Beschaffung von Waffen und Ausrüstung eingesetzt werden. Und 60 Millionen Euro für die «Prävention von Radikalisierung». Nach den Worten von Valls geht es dabei vor allem darum, «die Handlungsfähigkeit des Geheimdiensts zu stärken». Der Gesetzesentwurf wurde dem Parlament im März vorgestellt.

Deutschland

«Wir müssen den Sicherheitsbehörden insgesamt die erforderliche personelle und finanzielle Ausstattung verschaffen, die sie benötigen, um unsere Sicherheit bestmöglich zu gewährleisten.» So drückte

sich Angela Merkel zehn Tage nach den Anschlägen aus, nachdem sie die Muslim*as Europas dazu aufgerufen hat, sich eindeutig vom Terrorismus zu distanzieren. Unter den Vorschlägen findet sich die Datenspeicherung von Fluggästen aus «Risiko-Destinationen» und die systematische Speicherung von Telefon- und Internetverbindungsdaten. Bei diesen Massnahmen besteht die Gefahr, dass sie nicht nur auf Deutschland begrenzt sind, sondern auf europäischer Ebene durchgesetzt werden. Tatsächlich haben sich die europäischen Staats- und Regierungschef*innen Mitte Februar in Brüssel getroffen und den Wunsch nach einer Umsetzung des «Passenger Name Record»-Abkommens zur Speicherung von Fluggastdaten geäußert. Das Abkommen wurde bereits 2011 vorgeschlagen, aber von der Mehrheit des EU-Parlaments abgelehnt. Die Ausgangslage hat sich im gegenwärtigen Kontext verändert, über das Abkommen wird wahrscheinlich dieses Jahr nochmals abgestimmt und es wird dann wohl schnell umgesetzt.

Belgien

Die belgische Regierung war in der Folge der Attentate ebenfalls eifrig daran, über Sicherheitsmassnahmen abzustimmen. Neben dem Aufgebot des Militärs (Militärpräsenz auf den Strassen, um öffentliche Plätze zu überwachen) und dem erhöhten Schutz von Gebäuden, die als gefährdet eingestuft wurden, hat die Regierung ebenfalls darüber diskutiert, die Telefonüberwachung zu verstärken und «terroristischen Kämpfern» die belgische Nationalität abzuspochen. Es ist schwierig, mehr über die Details dieser Sicherheitsmassnahmen zu erfahren. In einem Pressecommuniqué des belgischen Krisenzentrums heisst es, «aus Effizienzgründen und zum Schutz der betroffenen Personen werden die Sicherheitsmassnahmen nicht detailliert offengelegt».

Schweiz

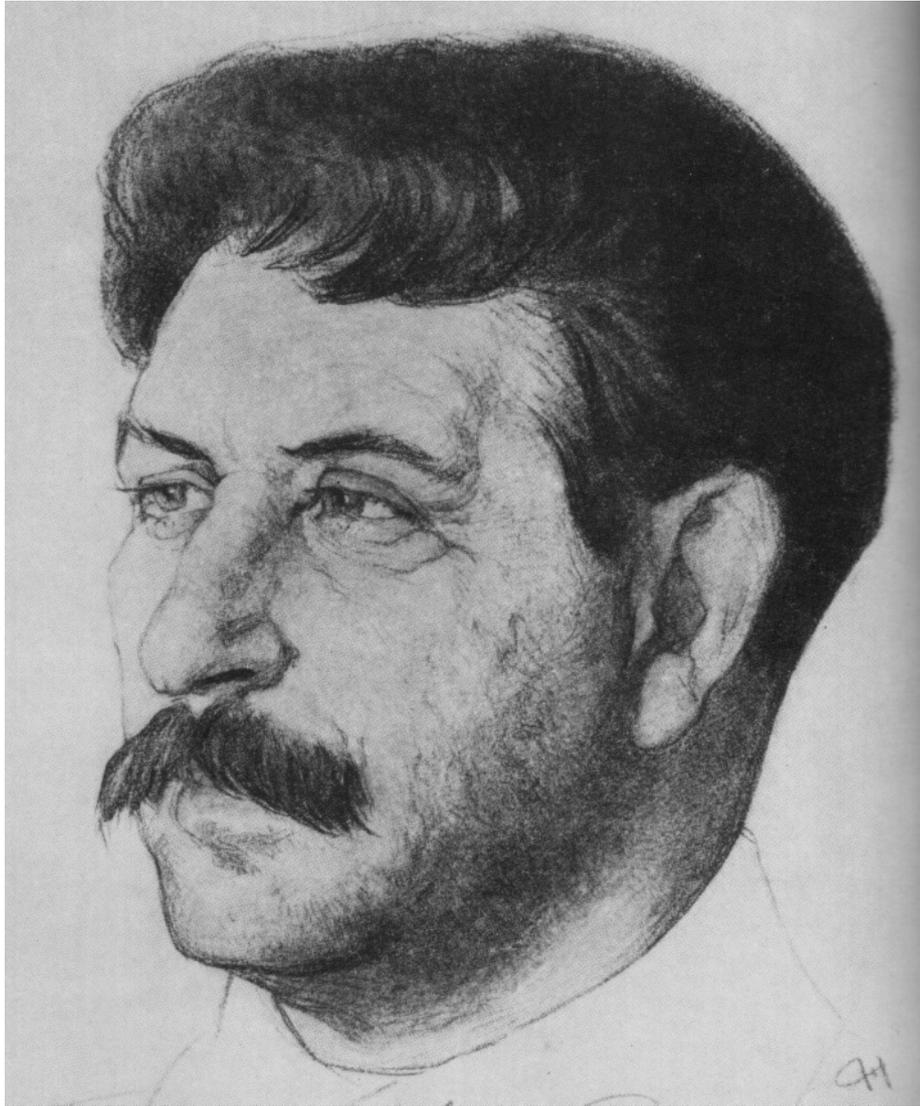
In der Schweiz übergibt das Staatssekretariat für Migration (SEM) alle Asylanträge und Asylakten von Personen aus Syrien dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB) – ohne jeglichen konkreten Verdacht. In einem Interview mit der Westschweizer Zeitung Le Temps beschreibt Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga weitere Auswirkungen der Anschläge von Paris auf die Sicherheitspolitik der Schweiz: «Der NDB erhält sechs zusätzliche Stellen und die Kantone bekommen eine bessere Unterstützung. Im

März wird das Parlament über das neue Nachrichtendienstgesetz debattieren und damit wahrscheinlich eine höhere politische Akzeptanz gegenüber Massnahmen erreichen, die zur Bekämpfung möglicher terroristischer Gefahren für die Schweiz getroffen werden müssten.» Das Beispiel der Schweiz zeigt, wie Gesetzesentwürfe, die unsere demokratischen Rechte bedrohen, an Legitimität gewinnen in Zeiten der Angst, die auf einen Anschlag folgen.

Amanda, Neuchâtel



«Die Liebe ist stärker als der Hass» Ein Muslim und ein Redaktor von Charlie Hebdo knutschen. Graffiti einer berühmten Karrikatur vom Satiremagazin Charlie Hebdo auf einer Wand in Poitiers, Frankreich. Foto: ID Number THX 1139, 18.01.2015.



Ein ideologischer Kampf

Sechs Jahre Krieg, Revolution und Unruhen haben die sowjetische Wirtschaft ruiniert. Die Neue Ökonomische Politik (NÖP) ab 1921 war kein Modernisierungsprogramm, sondern eines zur Erholung. Als die Erholung in der Mitte der 20er Jahren erreicht wurde, erwies sich die NÖP als ein System, das ein weiteres Wirtschaftswachstum hemmte. Die sowjetischen Theoretiker*innen hatten verschiedene Rezepte, die aus der Krise der NÖP und zur Modernisierung führen sollten. Die rechte Fraktion wollte eine graduelle Industrialisierung, indem die Produktivität und der Konsum der Kleinbäuer*innen stimuliert würde. Die linke Fraktion befürwortete eine radikalere Abkehr von der NÖP, in welcher eine schnelle Entwicklung der Schwerindustrie Priorität hatte und die durch rigorose Besteuerung der Bäuer*innen finanziert werden sollte. Der Kurs, auf den sich Stalin schliesslich festlegte, kombinierte Aspekte beider Seiten.

In den Anfangsjahren nach der Revolution von 1917 hatte Lenin keine Wahl. Die spontanen Fabrikbesetzungen und die Erfordernisse im Bürgerkrieg zwangen den Bolschewist*innen die Einführung des sogenannten Kriegskommunismus auf. Mit gleichem Zwang drängte sich durch die Volksaufstände, die im Kronstädter Aufstand kulminierten, und die Bäuer*innenaufstände in Zentralrussland ein Richtungswechsel in der Wirtschaft auf: die Neue Ökonomische Politik. In beiden Fällen war immer noch die Erwartung vorhanden, dass sich eine europäische Revolution der russischen anschliessen würde und sie der Sowjetrepublik technisch und wirtschaftlich aushelfen würde. Mitte der 20er Jahre hatte sich die

er*innenaufstände in Zentralrussland ein Richtungswechsel in der Wirtschaft auf: die Neue Ökonomische Politik. In beiden Fällen war immer noch die Erwartung vorhanden, dass sich eine europäische Revolution der russischen anschliessen würde und sie der Sowjetrepublik technisch und wirtschaftlich aushelfen würde. Mitte der 20er Jahre hatte sich die

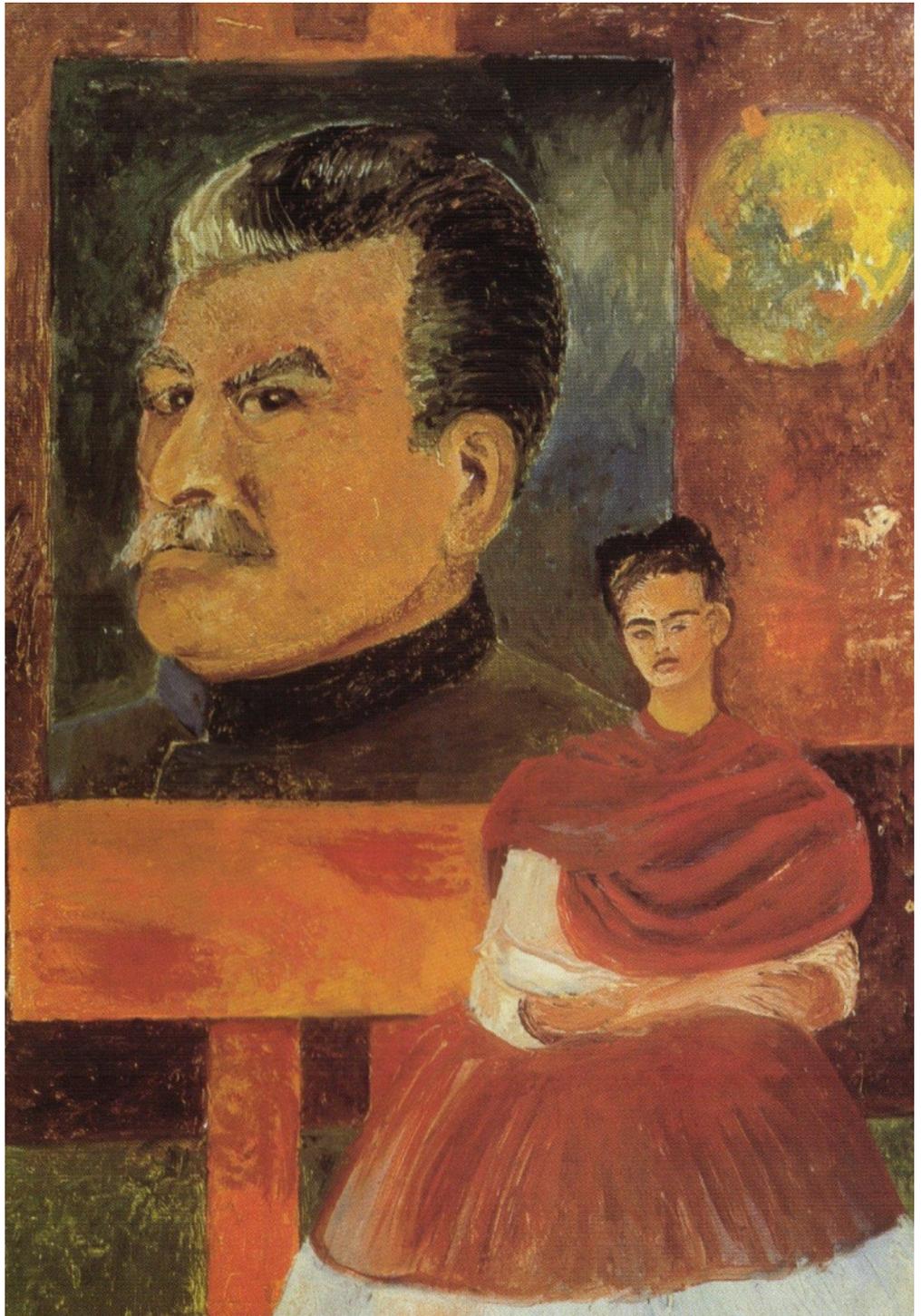
Situation geändert. Eine Rettung aus dem Westen war nicht mehr zu erwarten. Die unzufriedenen Bäuer*innen hatten die Regierung bereits zur Abkehr vom Kriegskommunismus gezwungen und erwarteten Resultate. Die Politik musste geändert werden. Nur eine Verbesserung des schlechten Lebensstandards der Bevölkerung konnte das System stabilisieren.

Nikolai Bucharin (1888-1938), führender sowjetischer Ökonom, schlug vor, die NÖP fortzusetzen. Die restriktiven Massnahmen, die bisher verhindert hatten, dass die Bäuer*innen einen Mehrwert über ihren Bedürfnisse produzieren konnten, sollten aufgehoben werden. Privatisierung und Förderung der Kleinindustrie auf dem Land sollten einen grösseren Fluss von Nahrungsmitteln und Rohstoffen in die städtische Industrie erzeugen. Ein Teil sollte in die Grossindustrie fließen und damit einen Gegenstrom in die Dorfindustrie herbeiführen, was dort wiederum Anreize für Produktionserweiterungen erzeugen könnte. Die Ergebnisse der NÖP waren

schliesslich überzeugend gewesen: Zwischen 1920 und 1924 hatte sich der Output der Grossindustrie verdreifacht. Bucharin befürwortete deshalb eine Weiterführung dieser Politik. Gleichzeitig warnte er davor, dass die Produktion nicht ohne eine Steigerung der Nachfrage der Konsument*innen wachsen könnte.

Intervention zugunsten Bucharins

Der linke Flügel der Partei unter Jewgeni Preobraschenski (1886-1937) und Leo Trotzki (1879-1940) interpretierte dies als ein Nachgeben Bucharins ge-



Die kommunistische Künstlerin Frida Kahlo war eine Bekannte Trotzki's und gab ihm Unterkunft während seines Exils in Mexiko. Angeblich hatte sie sogar eine Affäre mit ihm. Trotzdem wurde Kahlo ab 1939 eine Unterstützerin Stalins. Bild: Selbstporträt mit Stalin, 1954.

genüber den reichen Bäuer*innen. Seine Vertreter*innen forderten hingegen Modernisierung, Erschliessung von neuen Rohstoffquellen und verbesserter Transport und Energiezufuhr. Es müsse langfristig gedacht werden. Sie meinten, dass die bisherigen Produktionserweiterungen einfach und günstig gewesen wären, da noch grosse Reserven an ungenutzten Kapazitäten bestanden haben. Aber mit jedem weiteren Schritt in der ökonomischen Entwicklung würde der Zeitpunkt näher rücken, wo die Produktionssteigerungen Investitionen in zusätzliche Produktionsanlagen benötigten. Es wäre gefährlich,

mit diesen Investitionen zu warten. Überdies wurde eine Ersetzung der alten Anlagen fällig. Zusätzlicher Druck auf die Wirtschaft ginge von der gleichmacherischen Ideologie aus, die die Revolution gebracht hatte, und natürlich vom erschwerten Kapitalimport, da der Westen die Sowjetunion boykottierte. Die benötigten Investitionen könnten nur erzielt werden, wenn der Konsum tief gehalten wurde, was bei der egalitären Verteilung nicht freiwillig geschehen konnte. Laut Preobraschenski konnte ein Ausweg daraus durch Zwangssparen, durch ein Monopol auf den Aussenhandel und höhere Preise für Konsumgüter im Inland erreicht werden. Diese Forderungen erzeugten eine heftige Reaktion. Die Gegenseite hielt dagegen, dass dies Spannungen mit den Bäuer*innen und ökonomische Probleme erzeugen würde.

Stalin intervenierte in dieser Debatte zugunsten Bucharins, auch wenn nicht ohne gewisse Vorbehalte. Seine Krisenrezepte waren durchaus noch bucharinistisch: Es sollen die administrativen Schranken beseitigt werden, «die der Hebung des Wohlstands auf dem Lande im Wege stehen. Diese Massnahme erleichtert zweifellos jegliche Akkumulation, sowohl die privatkapitalistische als auch die sozialistische»¹. Nach Stalin sollte der Fokus auf der Landwirtschaft liegen. In der Industrie seien Investitionen nötig, die durch die Kapitalknappheit nicht aufgebracht werden könnten, deshalb sei hier mit einem langsameren Wachstum zu rechnen. «Die Landwirtschaft kann sich, im Unterschied zur Industrie, auch auf der gegenwärtigen technischen Grundlage eine bestimmte Zeit lang in schnellem Tempo fortentwickeln.»²

Bekämpfung der Opposition

In der Praxis war die Politik in den nächsten Jahren vorsichtig. In den Jahren 1926 und 1927 konnten die Investitionen in die Industrie gesteigert werden. Dennoch kam Kritik von der linken Seite um Preobraschenski und Trotzki: Das Investitionsprogramm sei zu begrenzt, um die Situation zu stabilisieren. Stalins erwiderte darauf: «Der Oppositionsblock dagegen geht davon aus, dass er die Industrie der Landwirtschaft entgegenstellt, und gelangt auf einen Weg, der zur Trennung der Industrie von der Landwirtschaft führt. Er begreift nicht und sieht nicht ein, dass man die Industrie nicht voranbringen kann, wenn man die Interessen der Landwirtschaft ignoriert, wenn man gegen diese Interessen verstösst. Er begreift nicht, dass, wenn die Industrie das führende Element der Volkswirtschaft ist, die Landwirt-

schaft ihrerseits die Basis bildet, auf der sich unsere Industrie entwickeln kann. [...] Die Partei kann und wird nicht dulden, dass die Opposition auch weiterhin fortfährt, die Grundlagen des Zusammenschlusses der Arbeiter und Bauern, die Grundlagen des Bündnisses der Arbeiter und Bauern zu untergraben, indem sie die Idee der Erhöhung der Verkaufspreise und der Verstärkung des Steuerdrucks auf die Bauernschaft propagiert und das Verhältnis zwischen Proletariat und Bauernschaft nicht als Verhältnis der ökonomischen Zusammenarbeit, sondern als Verhältnis der Ausbeutung der Bauernschaft durch den proletarischen Staat "zu konstruieren" versucht. Die Partei kann und wird das nicht dulden.»³

Da die Entwicklung in der Landwirtschaft aber nur langsam vonstatten ging, erklärte Stalin in der Folge, dass es nun die Aufgabe der Partei sei, «im Dorfe die allmähliche Hinüberleitung der zersplitterten Bauernwirtschaften in die Bahnen vereinigter Grosswirtschaften, die Umstellung auf gesellschaftliche, kollektive Bodenbestellung auf Basis der Intensivierung und Maschinisierung des Ackerbaus»⁴ herbeizuführen. Allerdings sagte er zu diesem Zeitpunkt noch, dass die Kollektivierung einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen würde.

Die Kehrtwende Stalins

1928 wurden viele Linksoppositionelle ins Exil getrieben. Gleichzeitig gingen aber ihre düsteren Prophezeiungen in Erfüllung. Erstmals seit 1923 versuchten die Bäuer*innen einen Aufstand. Die Getreideerträge fielen um ein Drittel. Die erste Krise, die Stalin als Oberhaupt der Partei und des Staates erlebte, trat ein. In den folgenden Monaten griff er nicht mehr die Oppositionellen an. Er begann seine Politik, die ihn an die Macht gebracht hatte, zu überdenken.

Zuerst musste eine Erklärung für das Desaster in der Landwirtschaft gefunden werden. Die Gründe für das Desaster waren laut Stalin erstens die tiefe Produktivität in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, zweitens die Existenz einer Klasse von reichen Bäuer*innen, den Kulaken: «Man kann mit Sicherheit sagen, dass, solange es Kulaken gibt, auch die Getreidebeschaffung sabotiert werden wird.»⁵ Stalin widersprach damit dem idealisierenden Bild des russischen Dorfes, das er bis vor Kurzem noch gemalt hatte, dass ein Wachstum von kleinem Privatkapital im Dorf durch die Entwicklung der Industrie kompensiert würde. Und noch ein Argument wurde von Stalin angeführt: «Mit der Bauernschaft verhält

1 Josef Stalin: *An alle Mitglieder der Redaktion der «Komsomolskaja Prawda»*. 2. Juni 1925.

2 Josef Stalin: *Der XIV. Parteitag der KPdSU(B). Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees*. 1925.

3 Zitiert nach: *Russian economic development from Peter the Great to Stalin*. S. 227.

4 Josef Stalin: *Der XV. Parteitag der KPdSU(B). Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees*. 1927.

5 Josef Stalin: *Über die Getreidebeschaffung und die Entwicklungsperspektiven der Landwirtschaft*. 1928.

es sich bei uns folgendermassen: Sie zahlt dem Staat nicht nur die üblichen Steuern, direkte und indirekte, sondern sie muss ausserdem überzahlen durch verhältnismässig hohe Preise für Industriewaren, und sie wird mehr oder minder unterbezahlt durch die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Das ist eine zusätzliche Besteuerung der Bauernschaft im Interesse der Hebung der Industrie, die für das ganze Land, darunter auch für die Bauernschaft, arbeitet. Das ist eine Art "Tribut", eine Art Mehrsteuer, zu deren zeitweiliger Erhebung wir gezwungen sind, um das gegenwärtige Entwicklungstempo der Industrie aufrechtzuerhalten und weiter zu steigern, die Industrieproduktion für das ganze Land zu sichern, den Wohlstand des Dorfes weiter zu heben und dann diese zusätzliche Steuer, diese "Schere" zwischen Stadt und Land überhaupt zu beseitigen.»⁶ Damit hat Stalin praktisch die Theorie von Preobraschenski der «primitiven sozialistischen Akkumulation» wieder aufgegriffen. Es ging ihm aber nicht um den theoretischen Hintergrund, sondern um die praktischen Mittel, wie die «Tribute» einzusammeln sind. Eingebunden in die landwirtschaftliche Produktion in Form von Genossenschaft im Gegensatz zur Privatwirtschaft würde dies die Bäuer*innen leichter dazu bringen, zu verkaufen, ohne zu kaufen. Die Kollektivierung war also notwendig, um die Bäuer*innen auszubeuten; Stalin durfte das natürlich nicht so formulieren. Er stellte es deshalb als Mittel dar, um die sowjetische Landwirtschaft zu modernisieren und die Produktivität zu steigern. Stalin stellte es so dar, dass es keinen anderen Weg gäbe als den der Kollektivierung der Landwirtschaft. Obwohl die Kollektivierung seit 1919 im Parteiprogramm als langfristige Ziel festgeschrieben war, hatte sie nie jemand als Lösung aus der Krise vorgeschlagen.

Eine Alternative zur Kollektivierung?

Gab es keine Alternative zur Kollektivierung? Die Frage muss anders gestellt werden: Was waren die möglichen Alternativen in jenem politischen System? War die Rückkehr zum Kapitalismus die einzig andere Alternative? Stalin sprach es mit einem Zitat von Lenin so aus: «Solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, besteht für den Kapitalismus in Russland eine festere ökonomische Basis als für den Kommunismus.»⁷ Bucharin auf der anderen Seite warnte: «Die sozialistische Industrialisierung darf kein parasitärer Prozess gegenüber dem Dorf sein.»⁸ Er sprach sich für Balance aus zwischen Schwer- und Leichtindustrie. Die Lösung von Bucharin und den Rechten bestand darin, die Bäuer*innen und Kulak*innen zu beschwichtigen mit Anreizen, ihren Überschuss zu vergrössern und zum freiwilligem Sparen. Dies hätte aber politische Gefahren mit sich gebracht und den Kulak*innen mehr Macht verschafft. Um die Unterstützung der Bauernschaft zu gewinnen und die Industrie zu entwickeln, hätte die sowjetische Führung Konzessionen machen müssen. Wenn in der ökonomischen Sphäre keine Kompromisse gemacht werden durften, hätte der Oberschicht der Bäuer*innen die Möglichkeit auf politischen Einfluss gegeben werden müssen. Hätte dies zur Restauration des Kapitalismus geführt? Zumindest hätte es das System geschwächt. Die Wahl bestand also aus der Erosion des autoritären Systems oder aus einem Angriff auf die Gegner*innen. Stalin entschied sich für Letzteres. Die tatsächliche Bedeutung dieser Entscheidung wurde aber auch bis zum letzten Entwurf des ersten Fünfjahres-Plans im Frühjahr 1929 nicht begriffen. Eine Kollektivierungswelle überzog das Land. Das Ganze schien zunächst auf ein Fiasko hinauszulaufen und die Krise noch zu verschärfen. Doch die Fluktuationen begannen mit der Zeit abzunehmen. Die kollektive Landwirtschaft brachte den Fünfjahresplan über den Berg, da sie schaffte, was eine auf Privateigentum basierende Landwirtschaft nie hätte schaffen können: Inmitten der Hungersnot, angesichts eines schrumpfenden landwirtschaftlichen Outputs und Mangel an industriellen Konsumgütern, sicherte das neue System eine eiserne Ration an Nahrung für die Arbeiter*innen der schnell wachsenden Industrie und einen Exportüberschuss, der gross genug war, um Importe von ausländische Maschinen in Rekordhöhe zu finanzieren.

er*innen und Kulak*innen zu beschwichtigen mit Anreizen, ihren Überschuss zu vergrössern und zum freiwilligem Sparen. Dies hätte aber politische Gefahren mit sich gebracht und den Kulak*innen mehr Macht verschafft. Um die Unterstützung der Bauernschaft zu gewinnen und die Industrie zu entwickeln, hätte die sowjetische Führung Konzessionen machen müssen. Wenn in der ökonomischen Sphäre keine Kompromisse gemacht werden durften, hätte der Oberschicht der Bäuer*innen die Möglichkeit auf politischen Einfluss gegeben werden müssen. Hätte dies zur Restauration des Kapitalismus geführt? Zumindest hätte es das System geschwächt.

Die Wahl bestand also aus der Erosion des autoritären Systems oder aus einem Angriff auf die Gegner*innen. Stalin entschied sich für Letzteres. Die tatsächliche Bedeutung dieser Entscheidung wurde aber auch bis zum letzten Entwurf des ersten Fünfjahres-Plans im Frühjahr 1929 nicht begriffen.

Eine Kollektivierungswelle überzog das Land. Das Ganze schien zunächst auf ein Fiasko hinauszulaufen und die Krise noch zu verschärfen. Doch die Fluktuationen begannen mit der Zeit abzunehmen. Die kollektive Landwirtschaft brachte den Fünfjahresplan über den Berg, da sie schaffte, was eine auf Privateigentum basierende Landwirtschaft nie hätte schaffen können: Inmitten der Hungersnot, angesichts eines schrumpfenden landwirtschaftlichen Outputs und Mangel an industriellen Konsumgütern, sicherte das neue System eine eiserne Ration an Nahrung für die Arbeiter*innen der schnell wachsenden Industrie und einen Exportüberschuss, der gross genug war, um Importe von ausländische Maschinen in Rekordhöhe zu finanzieren.

Keine Phrasen dreschen!

Statt wie die Linken um Preobraschenski die Situation ehrlich zu analysieren, nämlich dass Ausbeutung auch im Sozialismus notwendig sein könnte, aber eine planmässige Ausbeutung zur Aufhebung aller Ausbeutung, haben die Rechten um Bucharin die Sache beschönigt. Wie die Zentrist*innen der Sozialdemokratie in der II. Internationalen haben sie revolutionären Phrasen gedroschen, damit sich alle wohlfühlen, bis dann die Krise – hier wirtschaftlich, dort ein Weltkrieg – eintrat und die Durchsetzung von Massnahmen erzwang, die von vornherein notwendig waren. Stalin war allerdings mit der rechten Politik an die Macht gelangt. Für ihn und sein Machtbedürfnis war nur dieser Weg möglich.

Emma, Bern

⁶ Josef Stalin: *Plenum des ZK der KpDSU(B). Über die Industrialisierung und das Getreideproblem.* 1928.

⁷ Josef Stalin: *Vereinigtes Plenum des ZK und der ZKK der KpDSU(B). Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans.* 1933.

⁸ Nikolai Bucharin: *Notizen eines Ökonomen.* 1928.

Die Wirtschaft unter Stalin

Wir wollten überprüfen, ob Stalin tatsächlich das Wirtschaftswunder vollbracht hat, das ihm trotz aller Verteufelung gutgeschrieben wird. Gesehen haben wir, dass die Sowjetunion zwar keine Wunder, aber dennoch eine beachtenswerte Leistung vollbracht hat, wenn man bedenkt, dass sie keine wirtschaftliche Unterstützung aus dem Ausland erhielt und mehrere politische Katastrophen erlebte.

Die wirtschaftliche Geschichte der Sowjetunion begann mit einem Bürgerkrieg, der sich bis in die 20er Jahre hinzog und dabei einen deutlichen Niedergang der russischen Wirtschaftsleistung mit sich brachte. Das kapitalistische System der Zarenherrschaft wurde durch ein recht unorganisiertes und halb-militärisches System, durch den sogenannten Kriegskommunismus ersetzt, an dessen Stelle später die Neue Ökonomische Politik (NÖP) trat, als die soziale und wirtschaftliche Situation ausser Kontrolle zu geraten drohte. Nach acht Jahren der wirtschaftlichen Erholung mit der NÖP konnte die sowjetische Wirtschaft wieder auf ihren vorrevolutionären Stand gebracht werden. 1928 setzte Stalin schliesslich den ersten Fünfjahresplan durch, womit sich das Wirtschaftssystem der Sowjetunion nachhaltig veränderte. Ziel war gewesen, das industrielle Wachstum zu beschleunigen. Im ersten Jahr wurde die Landwirtschaft kollektiviert, was einen völligen Umbruch für die Wirtschaft auf dem Land bedeutete. Folge war Hungersnot und eine weitläufige Zerstörung von landwirtschaftlichem Kapital. Die Industrie wuchs dennoch rasant bis zum Ende des ersten Fünfjahresplans 1933. Und der darauffolgende zweite Fünfjahresplan beschleunigte das industrielle Wachstum noch einmal. Im kurzlebigen dritten Fünfjahresplan, der durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges unterbrochen wurde, liess das Wachstum nach, nicht zuletzt wegen den umfassenden politischen Säuberungen der administrativen und technischen Kader.

Der Zweite Weltkrieg bedeutete einen ungeheuren Verlust an Menschenleben und Kapital. Mit dem vierten Fünfjahresplan konnte ab 1946 jedoch eine rasche Erholung erzielt werden, sodass schon 1948 oder 1949 wieder das Niveau der industriellen Produktion vor dem Krieg erreicht werden konnte.

Die schnelle Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft in der Periode der Fünfjahrespläne kann auf besondere Umstände zurückgeführt werden. Zu Beginn konnte die Sowjetunion auf ein grosses Reservoir an unbeschäftigten Arbeitskräften zurückgreifen. Zusätzlich stand ihr durch die Wirtschaftskrise im

Westen billige Technologie zur Verfügung. Das sowjetische Volk war motiviert, hart zu arbeiten und Opfer aufzubringen, um den Rückstand wettzumachen. Gleichzeitig wandte die Regierung Methoden an, um es zur härteren Arbeit zu zwingen, Methoden, die nicht auf unbestimmte Zeit angewandt werden konnten. Nach dem Zweiten Weltkrieg war erneut die Bereitschaft da, alle harten Umstände zu ertragen, um eine schnelle Erholung zustande zu bringen. Der Krieg lastete schwer auf dem Wirtschaftswachstum. Die territoriale Expansion, die politische Kontrolle über Satellitenstaaten und damit über Ressourcen, teilweise Wirtschaftshilfe aus dem Westen und Reparationszahlungen der besiegten Länder wirkten aber als positive Faktoren dagegen.

Sowjetische Statistik

Ziel dieser Untersuchung ist aufzudecken, ob und inwiefern Stalin mit seiner Wirtschaftspolitik Erfolg hatte. Wir wollen überprüfen, ob Stalin tatsächlich das Wirtschaftswunder vollbracht hat, das ihm trotz aller Verteufelung gutgeschrieben wird. Fidel Castro drückt dieses zwiespältige Verhältnis aus, dass viele Kommunist*innen zu Stalin haben: «Stalin hat schwere Fehler begangen. Seinen Machtmissbrauch und die Willkür, mit der er handelte, brauche ich nicht zu erwähnen. Dennoch hat er auch Leistungen vollbracht. Die Industrialisierung der Sowjetunion und die Verlagerung und Entwicklung der Militärindustrie nach Sibirien waren entscheidende Faktoren im Kampf der ganzen Welt gegen die Nazis.»¹

Wir wollen die sowjetische Wirtschaft einer genaueren Untersuchung unterziehen. Wir können uns dabei nicht unkritisch auf die offiziellen Zahlen der sowjetischen Behörden stützen. Ein erstes Problem entwächst daraus, dass schlechte Leistungen und langsam wachsende Industrien verheimlicht wurden. Und die Entwicklung der Militärindustrie unterlag Geheimhaltung. Andererseits wurde mit den Definitionen für Begriffe und Masseinheiten in der Industrie nicht sorgfältig umgegangen. Im Laufe der Zeit wurde teilweise die Definition von ganzen Industrie-sektoren ausgeweitet oder eingengt, ohne dass

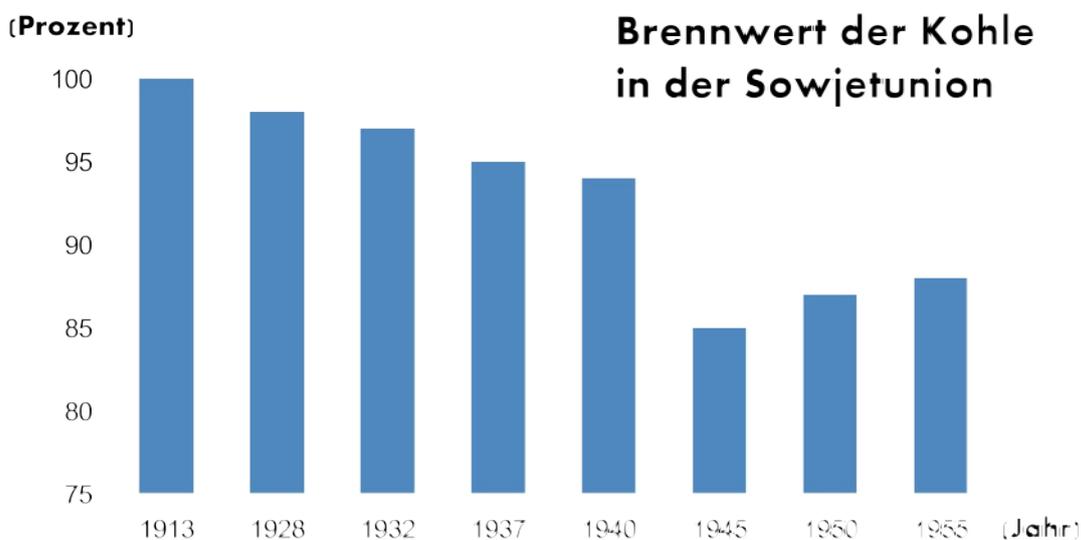
Quelle: Der Artikel stützt sich auf eine US-amerikanische Studie aus dem Kalten Krieg. Wir dürfen deshalb annehmen, dass es sich um eine sehr konservative Einschätzung der sowjetischen Wirtschaft handelt. Alle Zahlen und Angaben stammen aus G. Warren Nutter: *Growth of Industrial Production in the Soviet Union*. Princeton University Press, 1962.

¹ Fidel Castro: *Mein Leben. Fidel Castro mit Ignacio Ramonet*. Berlin, 2008. S. 197.

dies in den veröffentlichten Daten deklariert wurde. Ein weiteres Problem ist die allgemeine Übertreibung vom Output der Produktion.

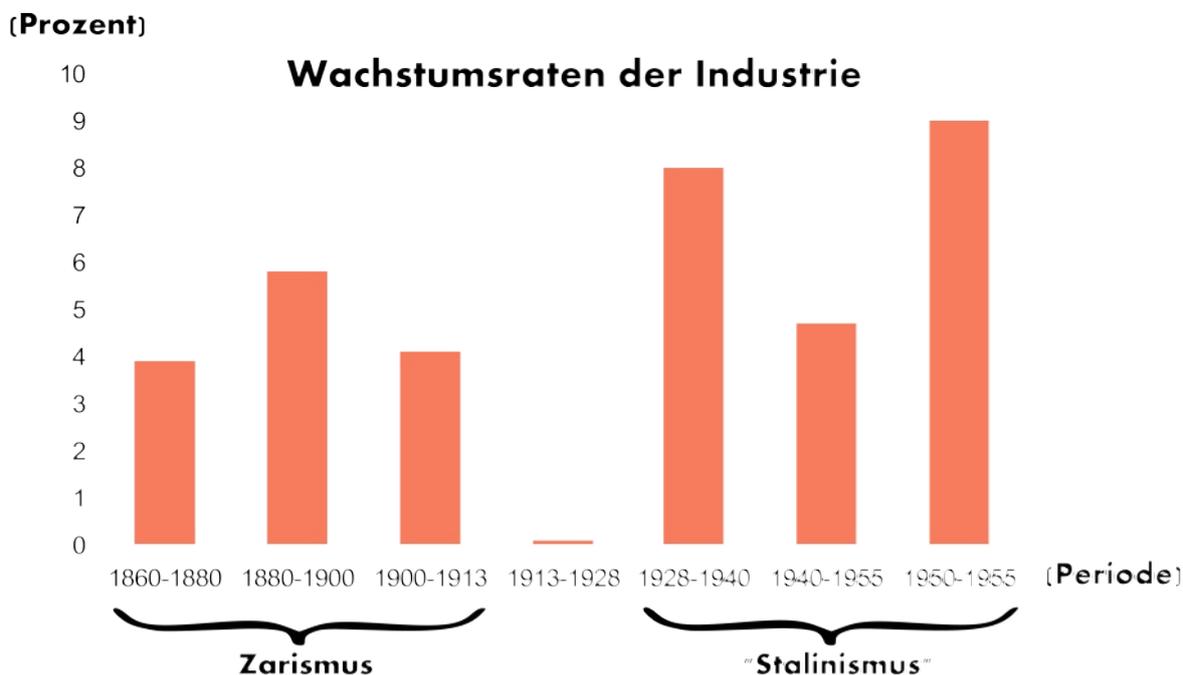
Trotz allem sind die sowjetischen Zahlen nicht einfach aus der Luft gegriffen. Sie gehen einher mit tatsächlichen Ereignissen wie beispielsweise dem Einbruch der Produktion, der durch den Zweiten Weltkrieg verursacht wurde. Die offizielle Statistik bildet daher die Basis für jede Untersuchung der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung.

Wir versuchen im Folgenden, die Entwicklung der sowjetischen Industrie zu messen, ein Vorhaben, das nicht vollständig mit Zahlen dargestellt werden kann. Die Produktion und ihre Produkte unterlaufen mit der Zeit allgemein einem Wechsel in ihrer Natur, ihrer Qualität, nicht nur in ihrer Menge, ihrer Quantität. Die qualitative Veränderung lässt sich nur schwer in Zahlen fassen. Trotzdem liess sich in der Sowjetunion der Trend hin zu schlechterer Qualität beobachten. Einerseits weil der Fokus auf der Ausdehnung des Umfangs der Industrie lag, andererseits kann der Trend auf den konstanten Mangel an Rohstoffen zurückgeführt werden. Wir nehmen als Beispiel Kohle, ein Produkt, das in der sowjetischen Wirtschaft relativ hohe Priorität hatte, gleichzeitig eine leicht messbare Verminderung der Qualität erlebte. Der Anteil an Schwefel und Asche nahm zu, während der Brennwert der Kohle sank:



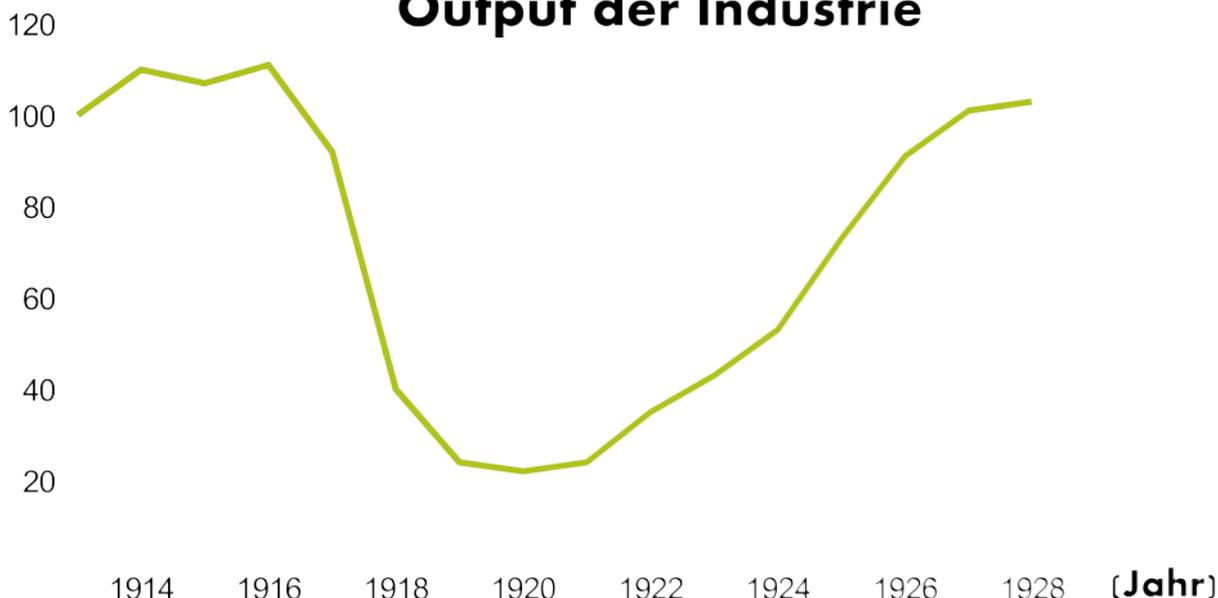
Wachstumsraten der Industrie in der zaristischen und sowjetischen Periode

Wenn man die Periode der Erholung in der Zwanzigerjahren ausser Acht lässt, kann man feststellen, dass die Wachstumsraten in der sowjetischen Industrie im Schnitt höher waren als während der Zeit der Zarenherrschaft. Der Zweite Weltkrieg liess die Wachstumsrate noch einmal einbrechen, aber weniger stark, als man denken könnte. Die Folgen der Oktoberrevolution scheinen einen dramatischeren Effekt auf die Wirtschaft gehabt zu haben:



(Prozent)

Output der Industrie



Prozentualer Output der industriellen Produktion

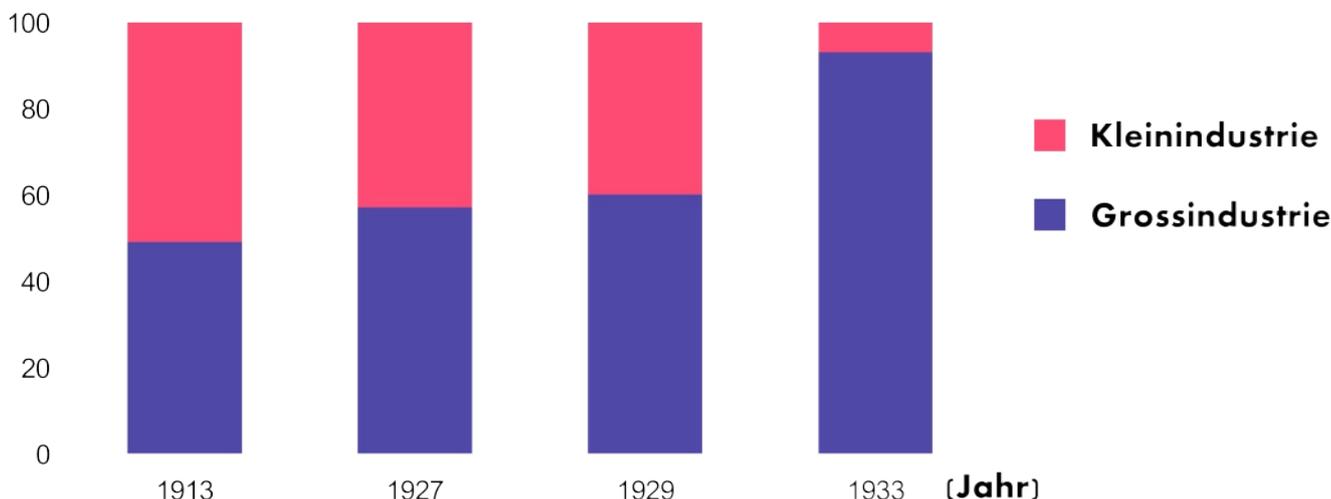
In diesem Diagramm wird der prozentuale Output der industriellen Produktion dargestellt. Als Anfangswert (100 Prozent) wird der Output für das Jahr 1913 genommen. Der Einbruch der Produktion war sichtbar gross und sank im Jahr 1920 auf den Tiefpunkt von 22 Prozent der Produktion vor dem Bürgerkrieg. Die Erholung mit der NÖP ab 1921 war rasch. Allerdings lässt sich ebenfalls ein Nachlassen der Wirtschaftsentwicklung ab 1926 feststellen. Wäre die Sowjetunion mit der Beibehaltung der NÖP in eine Stagnation geraten? Stalin führte jedenfalls ab 1928 die Fünfjahrespläne ein, die die sowjetische Wirtschaft tiefgreifend veränderte.

Anzahl Beschäftigte in der Klein- und Grossindustrie

Bis zu Beginn der Planperiode wurde ein grosser Teil der russischen Produktion von Handwerker*innen und Kleinbetrieben getätigt. Bis anhin lag der Anteil der Personen, die in der Kleinindustrie beschäftigt waren bei knapp 50 Prozent, nahm jedoch schrittweise ab. Mit dem Ende des ersten Fünfjahresplan hatte sich das Verhältnis stark verändert: 1933 ist der Anteil der Kleinindustrie auf 7 Prozent gesunken.

Anzahl Beschäftigte in der Industrie

(Prozent)



Säuberungen und Krieg

Der Kurs in der industriellen Entwicklung ändert sich abrupt zwischen 1937 und 1940: Das Wachstum der Industrie verlangsamte sich stark im Vergleich zu früheren Perioden. Die jährliche Wachstumsrate fiel von 14.6 Prozent zwischen 1932 und 1937 auf 3.7 Prozent. Diese Entwicklung kann durch die politischen Umstände des Grossen Terrors erklärt werden: Stalin glaubte, dass der Klassenkampf intensiver werden würde, je näher die Sowjetunion dem Sozialismus kommen würde. Zwischen 1936 und 1939 wurden deshalb Säuberungen in der Kommunistischen Partei und im Verwaltungsapparat durchgeführt. Unter den Gesäuberten fanden sich viele industrielle Führungskräfte. Die neuen Leute, die an ihrer Stelle eingesetzt wurden, hatten oftmals nicht genügend Erfahrung. Beispielsweise wurden von 4'000 jungen Absolvent*innen einer technischen Hochschule im Jahre 1938 mehr als 20 Prozent direkt von der Hochschule in eine führende Position in der Industrie geschickt.

Gleichzeitig bereitete man sich für den Fall eines Krieges vor: Die Produktion in der Militärindustrie stieg ab 1937 stark an. 9 Prozent der Arbeiter*innen waren in diesem Sektor beschäftigt. In den folgenden Jahren verdoppelte sich die Anzahl Beschäftigter und der Output der Militärindustrie. Andererseits wuchs der Umfang der Streitkräfte enorm an: Die Anzahl Militärangehörigen stieg von 1.5 Millionen im Jahr 1937 auf über 4 Millionen im Jahr 1941. Allerdings muss gesagt werden, dass die Möglichkeiten zur Stärkung der Verteidigung des Landes nicht voll ausgeschöpft wurden. Noch 1941 wurden grosse Steigerungen in der gesamten Industrie, auch bei den Konsumgütern, geplant. Dies kann teilweise auf Stalins falsche Analyse der militärischen und politischen Situation vor dem Ausbruch des Krieges, auf sein übermässiges Vertrauen in den Pakt mit Deutschland, zurückgeführt werden.

Die Sowjetunion erlitt schwere Verluste im Zweiten Weltkrieg. Besonders eindrücklich zeigt sich dies im Verlauf der Bevölkerungszahlen: Die Einwohnerzahl sank nach offiziellen Angaben um 24 Millionen Menschen zwischen 1940 und 1945. Ohne Krieg wäre sie um 15 Millionen gestiegen.

Fazit

Die sowjetische Wirtschaft wurde vom Ausland boykottiert und konnte deshalb nicht auf Hilfe und Investitionen von aussen zählen. Sie musste sich also auf die eigenen Mittel und Kräfte verlassen. Ziel war es, entwickeltes Industrieland zu werden und die imperialistischen Länder wirtschaftlich zu überholen. Letzteres ist der Sowjetunion sicher nicht gelungen. Aber sie hat es geschafft eine unabhängige Industrie aufzubauen. Die Industrialisierung nach stalinscher Art bedurfte allerdings einer Restriktion des Konsums, um die Entwicklung der Schwerindustrie zu finanzieren:



Während der Output von Industriegütern und Produktionsmitteln in schwindelerregende Höhen stieg, blieb der Konsum auf der Strecke. Eine Verdoppelung des Outputs von Konsumgütern gelang erst in den 50er Jahren. Ziel des Sozialismus ist aber, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Die Wirtschaftspolitik Stalins kann deshalb kein Vorbild sein. Wir brauchen eine ausgewogenere Wirtschaftsentwicklung, die weniger stark auf Industriegüter fixiert ist. Die Sowjetunion unter Stalin hat allerdings den Beweis erbracht, dass eine Industrialisierung ohne Hilfe von aussen möglich ist. Bei Stalin zahlten die Bäuer*innen dafür. Wir dürfen uns nicht vor der Frage scheuen, wer oder wie man für den Aufbau des Sozialismus zahlen soll. Wir dürfen Stalins Fehler nicht wiederholen.

Text & Grafiken: Ben & Taki, Zürich

Die vertane Revolution

Während antikommunistischer Tiraden fällt fast immer der Name «Joseph Stalin». Auch in der Linken fühlt sich kaum noch jemand dazu berufen, Verteidigungsreden für den Diktator zu schwingen. Als Marxist*innen ist es aber nicht unsere Aufgabe in die Tiraden der Antikommunist*innen oder Lobpreisungen der Gralshüter*innen des Sowjetsozialismus einzustimmen. Ein bekennender Trotzki analysiert die Jahre, in denen Stalin die Geschicke der Sowjetunion leitete.

Machen wir eine historische Momentaufnahme: Es ist 1937 und der Jahrestag der Oktoberrevolution in der Sowjetunion. Es ist zwanzig Jahre her, dass erst der Zar und dann Kerenskis bourgeoise Übergangsregierung im Zuge der russischen Revolution gestürzt wurden. In der Zeit nach der Umwälzung im ehemaligen Zarenreich hatte es so ausgesehen, als könnte der gesamte Erdball rot werden. Als würde die Revolution siegen. In Ungarn bildete sich eine Räterepublik, in Deutschland revoltierten die Arbeiter*innen und Soldaten, in der Schweiz kam es zum Generalstreik. Doch zur Weltrevolution kam es nicht. In Ungarn und Deutschland wurden die revolutionären Bewegungen unter den Stiefeln der Militärs zertreten und mit Gewehrkolben erschlagen. In Sowjetrussland geriet die junge Revolution in arge Bedrängnis. Reaktionäre und Kapitalist*innen stellten Armeen auf, um zusammen mit imperialistischen Interventionsheeren die Revolution rückgängig zu machen. In einem unfassbaren Kraftakt gelang es der Roten Armee unter Trotzki die Reaktion zurückzudrängen. Der Export der Revolution in die Kernländer Europas aber war gescheitert. 1922, kurz nach dem Sieg der Roten Armee im Bürgerkrieg, erkrankte Lenin schwer. Mehrere Schlaganfälle zwangen ihn dazu, sich aus der Politik zurückzuziehen und das so-

genannte «Triumvirat» aus Stalin, Kamenew und Sinowjew bildete sich. Noch wenige Jahre zuvor hatte Lenin versucht, die beiden Männer, die jetzt gemeinsam mit Stalin an die Macht kamen, aus der Partei auszuschließen. Sie hatten die Pläne der Bolschewiki zum roten Oktober in einem Zeitungsartikel verraten. Dem Ausschluss aus der Partei ent-



Frontseite des sozialistischen Monatsmagazins The Liberator mit der Abbildung Trotzki's. The Liberator war Anfang der 20er Jahre ein Organ der Kommunistischen Partei der USA. Grafik: The Liberator, Ausgabe Oktober 1921.

gingen sie dank der Intervention Stalins. Während seine beiden Partner an der Macht Reden hielten und Sitzungen leiteten, konnte Stalin wichtige Positionen im Apparat der Partei mit seinen Günstlingen besetzen und die Macht seines Generalsekretärs-posten als parteiinternes Amt derart steigern, dass es bis in die 80er Jahre mit dem des Staatsoberhaupts der Sowjetunion deckungsgleich war. Hauptgrund für die Zusammenarbeit der drei Männer war aber ihre gemeinsame Abneigung gegen Trotzki.

Nach Lenin

1924 starb Lenin. Doch schon davor hatten die Entwicklungen in der Sowjetunion seine Kritik provoziert. Der Schriftverkehr des Kopfes der Revolution wurde aber vom Triumvirat kontrolliert. Bereits vor seiner Erkrankung waren seine Klagen über die mangelnde Arbeiter*innendemokratie in Sowjetrussland wirkungslos verhallt. Sein politisches Testament, das er ein Jahr vor seinem Tod schrieb und in dem er die Absetzung Stalins forderte, gelangte gar nicht erst an die Öffentlichkeit. Die Troika aus Kamenew, Sinowjew und Stalin konnte einen innerparteilichen Konflikt im Fahrwasser des Dokuments verhindern, indem sie es zurückhielt und es nur einigen ausgewählten Leuten am Parteitag der KPdSU verlesen liess. In der Parteipresse wurden Lenins

Mahnungen gar nicht erst abgedruckt. Dass dieses Vorgehen nicht koscher war, muss auch Stalin bewusst gewesen sein: Der sowjetischen Öffentlichkeit wurde der Inhalt des Briefes vorenthalten und erst 1956 im Zuge der Entstalinisierung bekannt. Doch nicht nur die politischen Forderungen Lenins in Bezug auf seine Nachfolge wurden von den drei starken Männern in der Partei gefliessentlich ignoriert. Von Ansätzen eines Personenkults um ihn, die nach der Gründung der Sowjetunion zu sehen waren, sprach Lenin verächtlich und als eine sowjetische Bürgerin für das Beschmieren eines Leninbilds verurteilt wurde, erwirkte er ihre Freilassung. Nach seinem Ableben wurde Lenin aber auf Anordnung des Politbüros einbalsamiert und seine Leiche öffentlich ausgestellt – als einleitender Akt quasi für den Personenkult, der sich später in den Staaten des Realsozialismus breitmachte. Die Troika war in sich nicht annähernd so geeint, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Nach Lenins Ableben dauerte es nicht lange, bis aus dem verdeckten Machtkampf in der KPdSU ein offener wurde. Die Kamenew-Stalin-Sinowjew-Troika zerfiel nach nur wenigen Monaten. Sinowjew und Kamenew, die nunmehr aus der Führung gedrängt waren, schlossen sich 1926 mit der linken Opposition um Trotzki, die zu diesem Zeitpunkt bereits seit mehreren Jahren Widerstand zur



Lenins Nachfolge ist ein Streitpunkt unter Kommunist*innen. Wäre Trotzki der bessere Nachfolger gewesen? Auf dem Gemälde sind zusehen: Mit dem Rücken zugewandt Anna Uljanowa, die ältere Schwester Lenins. Direkt am Sarg von links nach rechts Sinowjew, Kamenew, Krupskaja (Lenins Ehefrau), Derschinski, Stalin, Kalinin (Staatsoberhaupt der Sowjetunion) etc. Ganz rechts hinten noch Bucharin. Bild: Isaak Brodski. Begräbnis Lenins (1925).

Linie der Partei leistete, zur «vereinigten Oppositionen» zusammen. Doch die Zusammenarbeit kam zu spät. Stalin nutzte seine Popularität in der Partei, um in den Jahren 1926/1927 seine Wiederstreiter*innen auszuschliessen. Damit begann eine 26 Jahre andauernde Periode, in der Stalin, einem absoluten Herrscher gleich, die Geschicke der Sowjetunion steuerte.

Der Sozialismus in einem Land

In den 20ern wurde die historische Chance der weltweiten Ausbreitung der Revolution durch den Verrat durch die Sozialdemokratie und strategische Fehler der Komintern vertan. Um die Entwicklungen in der Sowjetunion zu legitimieren, musste also eine Staatsdoktrin her, die den Aufbau des Sozialismus innerhalb der Grenzen der Sowjetunion propagierte. Die Doktrin des «Sozialismus in einem Land» richtete sich aber auch gegen Trotzki's Einschätzung, dass einer isolierte Sowjetunion der Übergang zum Kommunismus nicht möglich sei. Dass einzig proletarische Revolutionen in den industriell entwickelten Staaten die Bedingungen für den Kommunismus schaffen könnten. Der Fünfjahresplan Stalins sollte den Sozialismus in einem Land ermöglichen, indem die Sowjetunion wirtschaftlich zu den kapitalistischen Staaten aufschliesst. Während die Industrie einen beispiellosen Aufschwung erlebte, litt aber die Bauernschaft, die immer noch die Mehrheit im Lande stellte und zahlte den Preis für die industrielle Entwicklung. Das Fortschreiten der landwirtschaftlichen Kollektivierungen war Bestandteil des Fünfjahresplans. Viele Bäuer*innen weigerten sich aber, das Land aufzugeben, das ihnen nach der Enteignung von Klerus und Grossgrundbesitzer*innen mit der Parole «das Land dem, der es bebaut» im Zuge der Oktoberrevolution gegeben wurde. Um die Verstaatlichung zu beschleunigen, erklärte die Sowjetmacht den «Kulaken» – also den wohlhabenden Bäuer*innen - die sie als Urheber der schleppenden Kolchosierung sahen, den Krieg. Im Rahmen der «Entkulakisierung» wurden rund zwei Millionen Menschen deportiert. Wohlstand war kein zwingendes Kriterium, um als Kulak zu gelten. So wurden häufig auch Mittelbäuer*innen, die Knechte anstellten, um ihre Felder zu bewirtschaften, als Kulaken deportiert. Vor Sippenhaft wurde nicht zurückgeschreckt. Kindern, dessen Eltern als Kulaken galten, wurde für gewöhnlich der höhere Bildungsweg verwehrt. Die populäre Erklärung, dass die Deportationen einzig Folge von Stalins Paranoia gewesen seien, wird dadurch der Boden entzogen, dass die

Deportierten als entrechtete Arbeitssklav*innen einen grossen Anteil an Grossprojekten der Industrialisierung, wie der Erschliessung Sibiriens oder des Baus des Eismeerkanals hatten. Während der Kapitalismus Kolonien zu seiner Entwicklung ausbeutete, schuf sich Stalin mit den zu «Kulaken» erklärten Bäuer*innen eine eigene innere Kolonie. Unzählige von ihnen starben aufgrund miserabler Arbeitsbedingungen. Die schlampig ausgeführten Kollektivierungen führten zu Hungersnöten. Gleichzeitig wurde aber Getreide exportiert, um Maschinen und Ressourcen für die Industrialisierung zuzukaufen. Die Schätzungen über die Zahl der Toten schwanken enorm. Ernstzunehmende Zahlen liegen aber nicht unter 2.4 Millionen. Ein Mitgrund für die Negativfolgen des Fünfjahresplans im Agrarsektor war, dass die neuen Kolchosleitungen oft nicht wegen ihren landwirtschaftlichen Erfahrungen, sondern wegen ihrer politischen Loyalität ernannt wurden. Dass auch inkompetente Gestalten aufsteigen konnten, wenn sie sich nur als geschickte Zuträger*innen und Denunziant*innen erwiesen, sollte typisch für die stalinistische Bürokratie werden. Die Entkulakisierung war aber nur Vorlauf für die von noch stärkerer Repression geprägten Zeit des «Grossen Terrors» (Tschistka), die in die Geschichte einging. Nach der Ermordung des Leningrader Parteileiters Kirov im Jahr 1934 kam es zu verstärkten Massnahmen, um echte und vermeintliche Feinde der Sowjetmacht zu verfolgen. In den Moskauer Schauprozessen entledigte sich Stalin endgültig Kamenews und Sinowjews, die später erschossen wurden. In der Partei, der Roten Armee und der ganzen Gesellschaft kam es zu Verhaftungen und politischen Morden. Rund 750'000 Menschen wurden vom NKWD im Rahmen dieser «Säuberungen» erschossen. Die Tschistka offenbarte auch den rassistischen Charakter des Stalinismus – gehörte man gewissen Ethnien an, z.B. Pol*innen, Russlanddeutsche oder Lett*innen, galt man per se als «unzuverlässiges Element». Geschickt nutzte Stalin den Terror, um seine Macht zu festigen. 1939 lebten von den ZK-Mitgliedern der siegreichen Oktoberrevolution noch zwei: Trotzki und Stalin. Ein Jahr später sollte es nur noch eines sein.

Kommunismus durch Tyrannei?

Wenn ein Trotzkiist einen Artikel über Stalin schreibt, dann ist vorhersehbar, dass das Ganze nicht wohlwollend endet. Trotzdem ist es nicht konstruktiv, wenn sich eine Kritik des Stalinismus in der Zelebrierung persönlicher Feindschaft à la «der Typ den

ihr gut findet, hat dem Typ, den wir gut finden einen Eispickel durch die Schläfe ballern lassen» erschöpft. Es geht darum zu analysieren, welche Rolle die politische Gestalt Stalin für die Entwicklung der Perspektiven des Kommunismus gespielt hat und dort fällt der Kassensturz nicht gut aus. Gehen wir zurück zum Anfang: Zum Revolutionsjahrestag 1937. Während in Europa der Faschismus seine Klauen nach der Macht ausstreckt, herrscht in der Sowjetunion der Grosse Terror. Menschen werden deportiert und erschossen, weil sie sich mit den falschen Nachbar*innen verstritten haben, die sie danach als «Kulaken» oder «Volksfeinde» bei der Miliz anzeigen. Die ländliche Bevölkerung leidet. In der Industrie hat die Akkordarbeit wieder Einzug gehalten. Eine Bürokrat*innenklasse hat sich gebildet, die Zugang zu besserer Verpflegung und besseren Unterkünften hat. Das Land wird autokratisch geführt. Ein penetranter Personenkult dominiert die Öffentlichkeit. Selbst wenn man von politischen Fehlern, wie der Sozialfaschismusthese, dem Hitler-Stalin-Pakt oder der Ermordung von nicht-stalinistischen Revolutionär*innen durch den sowjetischen Geheimdienst während des spanischen Bürgerkriegs absieht – Massnahmen, die den Faschist*innen in die Hände spielten – gibt es einen Punkt, der die Rolle des Stalinismus unerbittlich demaskiert: Vom Kommunismus ist die Sowjetunion 1937 unsäglich weit entfernt und auch nach dem Tod Stalins 1953 ist der Fokus der politischen Führung nicht die Errichtung des kommunistischen Gesellschaftszustands, sondern ihre Selbsterhaltung als Bürokrat*innenklasse. Die revolutionäre Bewegung nach dem Oktober 1917 versandete in den Zahnrädern der sowjetischen Bürokratie. Wer nicht mit den religionsgleich heruntergebeteten Glaubenssätzen des Stalinismus einigging, wurde Opfer seines Repressionsapparats. Sie haben sich darauf berufen, die Positionen von Lenin konsequent weiterzuentwickeln, was man angesichts Lenins Warnungen vor Bürokratisierung und mangelnder Demokratie vor seinem Tod nur als Leichenschändung bezeichnen kann. 1917 hatte sich die spätere Sowjetbevölkerung mit grossen Opfern erhoben, um die Fesseln von Unterdrückung, Elend und Hunger abzuwerfen. Doch genau diese Übel kamen in Stalins Sowjetreich über sie. Die Opfer der Unterdrückten wurden verschleudert und die historische Chance, die Welt zu einem besseren Ort zu machen, wurde vertan – wenn sie nicht sogar verraten wurde.

Florian Sieber, Redakteur «der Funke»



Während dem Ungarischen Volksaufstand 1956 wurde in Budapest das 25 Meter grosse Monument von Stalin gestürzt. Geblieben sind nur die Stiefel der Statue, heute im Szoborpark in Budapest.

Foto: Espino Family, 30.07.2011.



Die Mauer ist gefallen. Deutschland bleibt gespalten. Foto: Raphael Thiemann, Berlin, 22.12.1999.

Unwiderruflich zerbrochen

Jede Szene hat ihre Codewörter. «Stalinismus» ist so eines. Der Begriff wird mit Vorliebe als Anklage gegen Kommunist*innen gebraucht - und zwar meist von einer «Linken», deren Worte radikal tönen, die sich tatsächlich aber im Kapitalismus eingerichtet hat. Ein gutes Beispiel dafür ist die deutsche Linkspartei.

Deutschland, ein Theaterland. Im grossen Kanton wird der Öffentlichkeit in ständiger Wiederholung das immer gleiche Schauspiel vorgeführt: Die einen schreien: «Ihr da, von der Linkspartei, ihr wollt doch wieder die DDR aufbauen, ihr seid doch verkappte Kommunist*innen!» Gemeint ist das als Anklage gegen die drittgrösste Partei des Landes. Deren Antwort bleibt nicht aus: «Aber nein, wir wollen mit dem ersten Sozialismus auf deutschem Boden nichts zu tun haben und stehen fest zum Grundgesetz der Republik. Und überhaupt, was früher war, das war nicht gut, denn das war – Stalinismus.» In regelmässigen Abständen – etwa alle zwei Monate – geht das so. Es ist zum Haareraufen, von beiden Seiten.

Schlimm für Millionär*innen

Doch das Schmierentheater hat seine Hintergründe und Aktualitäten. «Die Linke» ist 2007 aus dem Zusammenschluss zweier Parteien entstanden. Enttäuschte Sozialdemokrat*innen und Gewerkschafter*innen, die sich in der «Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative» (WASG) zusammengefunden hatten, gingen mit der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zusammen. Die WASG hatte ihre Wählerbasis im

Westen, die PDS war in den Gebieten der ehemaligen DDR stark. Denn was sich unter dem Namen des «demokratischen Sozialismus» zusammengefunden hatte, war die Nachfolgepartei der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), der Regierungspartei der DDR.

Entsprechend ist die Existenz dieser Linkspartei in Deutschland auch eine Erinnerung fürs Kapital, dass es einmal für vier Jahrzehnte in einem Teil Deutschlands nichts zu sagen hatte. Das wird der Linkspartei bis heute nicht vergeben. Schlimm für die Millionär*innen und Unternehmer*innen der Bundesrepublik ist auch: Noch stimmt Die Linke (weitgehend) gegen als «Auslandseinsätze» getarnte Kriegsabenteuer des deutschen Militärs. Und das als einzige Partei im Bundestag. Da die Herrschenden in Deutschland recht genau wissen, dass gute zwei Drittel der Bevölkerung ebenfalls gegen Kriegseinsätze sind, müssen sie befürchten, dass einmal mehr werden könnte aus dieser 8.6 Prozent Partei. Um das zu verhindern, versucht man die Linke auf jede denkbare Art zu diskreditieren. Daher die ständigen Anwürfe gegen die Linkspartei.

So weit, so wenig verwunderlich. Doch die Linke tut das ihrige, um in die selbe Richtung zu gehen. We-

sentliche Teile der Partei wollen in die Bundesregierung. Sie setzen auf ein Bündnis mit Sozialdemokrat*innen und Grünen, das sogenannte Rot-Rot-Grün. Möglich wäre das aber nur, wenn sich die Linkspartei von ihrem Antimilitarismus genau so verabschiedet wie von jeder positiven Erinnerung an die DDR. Weg muss auch die kommunistische Weltanschauung, der wissenschaftliche Sozialismus.

Abkehr vom Sozialismus

Doch da stellt sich den Opportunist*innen der Linken ein Problem: Wesentliche Teile ihrer Basis – Wähler*innen wie Parteimitglieder – hängen an der Erinnerung an der DDR und finden den Kommunismus, gerade im Westen, eigentlich ganz duft. Es stellt sich für die, die um Teufel komm raus in die Regierung wollen, also die Aufgabe: Wie entsorge ich die kommunistische Haltung in meiner eigenen Partei? Wo setze ich da an?

Marx und Engels sind populär – und deshalb unangreifbar sogar für die Teile der Linken, die nun wirklich nichts mit ihnen zu tun haben. Lenin ist ein

Graubereich, auch hier gibt es innerhalb der Partei noch viele Sympathien. Die Oktoberrevolution gilt vielen als sehr positives Ereignis; also lässt sich auch Lenin nur schwer angreifen. Aber Stalin? Der ist doch Böse, das ist doch der Irre aus Georgien, der Massenmörder – und damit geeignet, die Abkehr vom gesamten wissenschaftlichen Sozialismus einzuleiten.

Anknüpfungspunkte dazu sind vorhanden, denn erste Schritte auf diesem Weg wurden bereits vor 25 Jahren gemacht. Die Mauer war gefallen, der Zusammenbruch der Deutschen Demokratischen Republik stand unmittelbar bevor und damit auch der Eintritt der damals noch bestehenden SED ins kapitalistische Parteiensystem. Im Dezember 1989 wurde auf einem ausserordentlichen Parteitag dann auch ein ausserordentliches Referat gehalten: «Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.» Demnach sei die DDR an inneren Widersprüchen zugrunde gegangen – Einmischungen aus den kapitalistischen Staaten spielten keine Rolle. An Fehlern wurden gerade die «Steuerung der Wirtschaft durch eine Kommandozentrale» (also Plan-



«Den Osten sozial regieren.» Die Revolution wurde von der Partei Die Linke längst aufgegeben. Sie will Regierungspartei werden. Im deutschen Bundesland Thüringen hat es Bodo Ramelow (links) geschafft, im Dezember wurde er zum Ministerpräsidenten gewählt. Foto: dielinke_sachsen, 14.08.2009.

wirtschaft) und «ein bürokratisch-zentralistisches Regime» (der demokratische Zentralismus der SED) ausgemacht. Deren Ursache gingen zurück auf den «Personenkult um Stalin». Entsprechend müsse man sich auch «radikal von der stalinistischen Interpretation der Machtfrage» verabschieden – und damit vom Führungsanspruch der Kommunistischen Partei in der Gesellschaft.

Tonangebende Rechte

Das hat man mit grossem Eifer getan. Schnellstmöglich verabschiedete man sich etwa vom Konzept der Betriebsgruppen, das eine Verankerung der Partei in den einzelnen Unternehmen bedeutete und damit eine enge Anbindung an die Arbeiter*innenklasse und eine hohe Schlagkraft. Auch wurde die SED-PDS-Linke in der Folge zu einer «pluralistischen» Partei mit vielen inneren Strömungen. Das hat etwa den Aufstieg des «Forums Demokratischer Sozialismus» (FDS) um den Bundestagsabgeordneten Stefan Liebich begünstigt. Der FDS ist heute in vielerlei Hinsicht tonangebend in der Partei – und gleichzeitig deren rechtes Zentrum. Von der Zustimmung zu Auslandseinsätzen bis hin zum Bewerben von Rot-Rot-Grün: die rechten Ideen in der Linken kommen vom FDS.

So weit war man vor 25 Jahren natürlich noch nicht. Damals, im selben Referat, hiess es: Der «Stalinismus» in der Partei habe zu Dingen geführt, vor denen «Lenin oft gewarnt» habe. Damals hielt man die «Leistungen auf vielen Gebieten der DDR» hoch.

Doch der Stein war ins Rollen gebracht und wo die Parteirechten vor einem Vierteljahrhundert nur Stalin angriffen und bei der DDR noch halt machten, da sind sie heute zum Generalangriff übergegangen. Deutlich wurde das etwa auf einer Veranstaltung der Linkspartei zum Jubiläum des Bruchs mit dem «Stalinismus» Ende vergangenen Jahres. Da konnte Michael Brie, der für die zur Linkspartei gehörenden Rosa-Luxemburg-Stiftung arbeitet, vor Publikum sagen, dass das «Fehlen von individueller Freiheit dem Staatssozialismus von Anfang an das Genick gebrochen hat. Es waren nicht erst spätere Fehler». Damit ist natürlich auch Lenin eingeschlossen; wird heute schon die Oktoberrevolution zurückgewiesen, ist die DDR gründlich diskreditiert.

Kapitalismus transformieren?

Auch in der Theorie gibt es also Bewegung – und die Bewegung der Kritiker*innen des «Stalinismus» führt hin zur Aufgabe des gesamten Sozialismus, ja bis hin zum Antikommunismus. Sichtbar wurde das

schon 2011, als die damalige Linkspartei-Chefin Gesine Löttsch auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der deutschen Tageszeitung junge Welt auftrat und einen Vortrag über «Wege zum Kommunismus» hielt. Danach wurde sie heftig von der Parteirechten angegriffen – und nicht mehr zur Vorsitzenden ihrer Partei wiedergewählt.

Noch ein bisschen offener ist man in Thüringen. Dort durfte sich Bodo Ramelow im vergangenen Jahr zum ersten «linken» Ministerpräsidenten eines Bundeslandes in der BRD wählen lassen. Es ist der erste Probelauf eines Rot-Rot-Grün. Auch hier musste die Abkehr vom Stalinismus hochgehalten werden, war sie sogar Bedingung für eine Koalition mit Grünen und Sozialdemokrat*innen. Seitdem spricht man in Thüringens Linkspartei von der DDR als einem «Unrechtsstaat» und empört damit die Millionen von Menschen, die in ihr lebten und arbeiteten. Ramelow selbst treibt es noch ein bisschen bunter: «Auf gut Deutsch gesagt: Jedes kleine oder grössere Arschloch im DDR-Apparat konnte in das Leben der anderen eingreifen. Das war entsetzlich.»

Es mag überraschen, wie entsetzlich schnell der bis anhin als links geltende Ramelow nach rechts geschwenkt ist. (Es sei hier angemerkt: Die Aufgabe wesentlicher politischer Positionen der thüringischen Linken erfolgte auch.) Doch tatsächlich vollzieht Ramelow nur praktisch, was auf theoretischer Ebene in seiner Partei seit mehr als zwanzig Jahren ausgearbeitet wird: Die Verwandlung einer Partei mit kommunistischer Tradition in eine etwas linkere Sozialdemokratie. Die Aufgabe des Sozialismus ist damit untrennbar verknüpft.

Mittlerweile wird das auch so ausgesprochen. Ebenfalls im vergangenen Dezember erklärte der Sozialwissenschaftler Dieter Klein auf Einladung der Linkspartei, dass es schon lange nicht mehr um den «grossen Akt der Revolution» ginge. Stattdessen müsse man den heutigen Kapitalismus in einen «anderen, sozialeren, ökologischeren, friedensorientierten Kapitalismus transformieren».

Wie man sich das ganz praktisch vorstellen darf, bewies die Linke zudem: Kurz zuvor hatten Abgeordnete der Linkspartei im Bundestag zum ersten Mal einem Auslandseinsatz der Bundeswehr zugestimmt. Man ist also bald am Ziel: Der Sozialismus entsorgt, Kriegseinsätzen zugestimmt, die Partei mit der Chance auf Eintritt in die Regierung. Der «Unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus als System» hätte dann seinen Zweck gänzlich erfüllt.

Yoyo, Berlin



Frauen in «The Interview»: Entweder «sexy» oder nicht vorhanden. Foto: Damon, 25.01.2015.

Mangia, mangia!

Der Film «The Interview» versucht, eine Satire und Kritik auf Propaganda zu sein. Er porträtiert dabei Nordkorea so, wie es die westliche Propaganda vorschreibt, und propagiert einen Umsturz in der Koreanischen Volksrepublik im Sinne der USA.

Kürzlich konnte man in der linken deutschen Zeitung Junge Welt unter den Kurzmeldungen «Nordkorea droht USA mit Krieg» als Schlagzeile lesen. In dieser Kurzmeldung, die wörtlich von der Nachrichtenagentur Reuters übernommen wurde, war einerseits die eigentliche Kriegsdrohung übertrieben, andererseits eine Zeile völlig gefälscht: Aus «die USA haben nie Kugel- und Granatenhagel auf ihrem eigenen Territorium erfahren» (gegenübergestellt der Tatsache, dass die USA in unzählige Kriege und Aggressionen verwickelt waren) haben die Medienschaffenden «das Territorium der USA werde mit einem "Kugel- und Granatenhagel" überzogen» gemacht. Völlig ausser Acht gelassen wurde die Frage nach dem Grund für die «Kriegsdrohung». In Wirklichkeit handelt sich bei dieser «Kriegsdrohung» um eine scharfe Kritik der nordkoreanischen Regierung an den neuen US-Sanktionen. Der Friedensnobelpreisträger und US-Präsident Barack Obama hatte die Hackerangriffe auf den Medienkonzern Sony, die – nota bene ohne Beweise – Nordkorea zugeschrieben werden, als Anlass genommen, um erneut Sanktionen gegen das bitterarme Land zu erlassen. Diese Hackerangriffe ihrerseits waren eine Reaktion auf das geplante Erscheinen des Films «The Interview», worin die Ermordung des nordkoreanischen Staatsoberhauptes und die Zerschlagung

des Staats dargestellt werden. Ich habe mir diesen Film im Internet angeschaut und kann nun sagen, er ist chauvinistisch und imperialistisch und er ist nicht besonders lustig.

Der moderne Hitler?

Neben dem Nordkorea-Bashing stellt der Film auch eine oberflächliche Kritik auf die Medienwelt dar. Im Zentrum der Geschichte steht auf der einen Seite ein Fernsehmoderator, gespielt von James Franco, der in erster Linie Celebrities interviewt und über Lifestyle-Themen berichtet, der strohduhm und eitel ist, aber auch charmant und fähig, Intimstes aus seinen Gesprächspartner*innen herauszuholen (Eminem outet sich, ein Schauspieler zeigt seine Glatze etc.). Auf der anderen Seite steht Seth Rogen, der den Produzenten von Francos Show und gleichzeitig den besten Freund spielt. Er ist der vernünftige der beiden, trotzdem kann man mit ihm auch gut Partys feiern. Rogen stellt in dieser Konstellation den bestens informierten und gebildeten Bürger dar. Er möchte eigentlich in der Show lieber ernsthaftere Nachrichten bringen. Franco vertritt den ungebildeten Allerweltstypen, der sich damit abfinden kann, den Leuten zu geben, was die Leute wollen: «Wenn wir Scheisse wollen, gebt uns die Scheisse. Mangia, mangia!»

Auf der anderen Seite der Welt hat der verrückte Diktator Kim Jong-un gerade neue Raketen getestet, die die Westküste der USA erreichen könnten. Während im Hintergrund eine Rakete (sehr realistisch: mitten in Pjöngjang) gestartet wird, singt ein nordkoreanisches Mädchen vor Publikum davon, wie es sich nichts sehnlicher wünscht, als dass Amerika in Flammen aufgeht. Die US-Medien drehen durch. Diesmal handelte es sich nicht bloss um grossspurig-Getue: eine unbewohnte Insel im Südpazifik sei von nordkoreanischen Raketen getroffen worden. Im folgenden Medienrummel schnappt Franco auf, neben Hungersnöten und den «Todeslagern» in Nordkorea, dass der Diktator ein Fan seiner Show ist. Er macht Rogen den Vorschlag, mit Kim Jong-un doch ein Interview zu führen. Dieser hält zuerst nichts von der Idee, da es sich ja um den «modernen Hitler» handelt (der Vergleich Kim Jong-uns mit Hitler wird übrigens mehrmals im Film gezogen, Wiederholung ist schliesslich ein wichtiges Mittel der Propaganda). Schliesslich willigt Rogen doch ein, da ihm dies den Weg öffnen könnte, über seriösere Inhalte zu berichten. Bei der Kontaktaufnahme mit der nordkoreanischen Regierung muss er bis in die

Wildnis Chinas reisen, wo er in einem pompösen Auftritt von einer in seinen Worten «verdammte sexy» nordkoreanischen Kommandantin die Botschaft erhält, dass Franco Kim Jong-un in Pjöngjang interviewen kann mit der Bedingung, dass alle Fragen von ihrer Seite vorgelegt werden. Das Abenteuer kann beginnen!

Sexy CIA

Bevor sie allerdings ihre Reise antreten, erhalten sie Besuch von der lieben CIA in Gestalt einer weiteren «sexy» Chefin. Diese will, dass sie das nordkoreanische Staatsoberhaupt «ausschalten». Begründet wird dies so: Es stehen sich zwei Atommächte im Krieg gegenüber, wobei die eine gewillt ist, Millionen Menschen im eigenen Land sterben zu lassen. Auf den Einwand, dass Kim doch einfach ersetzt werden könnte, erwidert sie, dass es in Nordkorea eine kleine Minderheit gibt, die einen Wandel wolle. «Sie haben aber Angst, alleine zu handeln.» Im Klartext: Sie brauchen die Hilfe des Weissen Mannes.

Mit Gift ausgestattet werden die beiden Spassvögel in die Diktatur geschickt. Dort bekommen sie Dinge zu sehen, die nicht ihren Erwartungen entsprechen:



Der Film «The Interview» zeichnet die nordkoreanischen Menschen entweder als gefühlslose Roboter, die blind ihrem Diktator hinterherlaufen, oder als Dissident*innen. Könnte es sein, dass die meisten einfach Menschen sind? Nordkoreanische Soldatinnen in Pjöngjang. Foto: Matt Paish. September 2014.

einen gefüllten Supermarkt, fette Kinder, glückliche Menschen. Dummbatz Franco fällt darauf hinein, während der vernünftige Rogen natürlich weiss, dass alles «fake» ist. Als sie dann endlich auch Kim Jong-un kennenlernen, werden Francos Zweifel an der Mission gestärkt: Wie er selbst feiert auch Kim Jong-un gerne Partys, mag schicke Autos und «Pussy». Er ist aber auch ein normaler Typ mit Fehlern: Er hört im Geheimen Katy Perry und hat Komplexe wegen seinem Vater. Er ist nicht der Gott, den sich die Nordkoreaner*innen vorstellen.

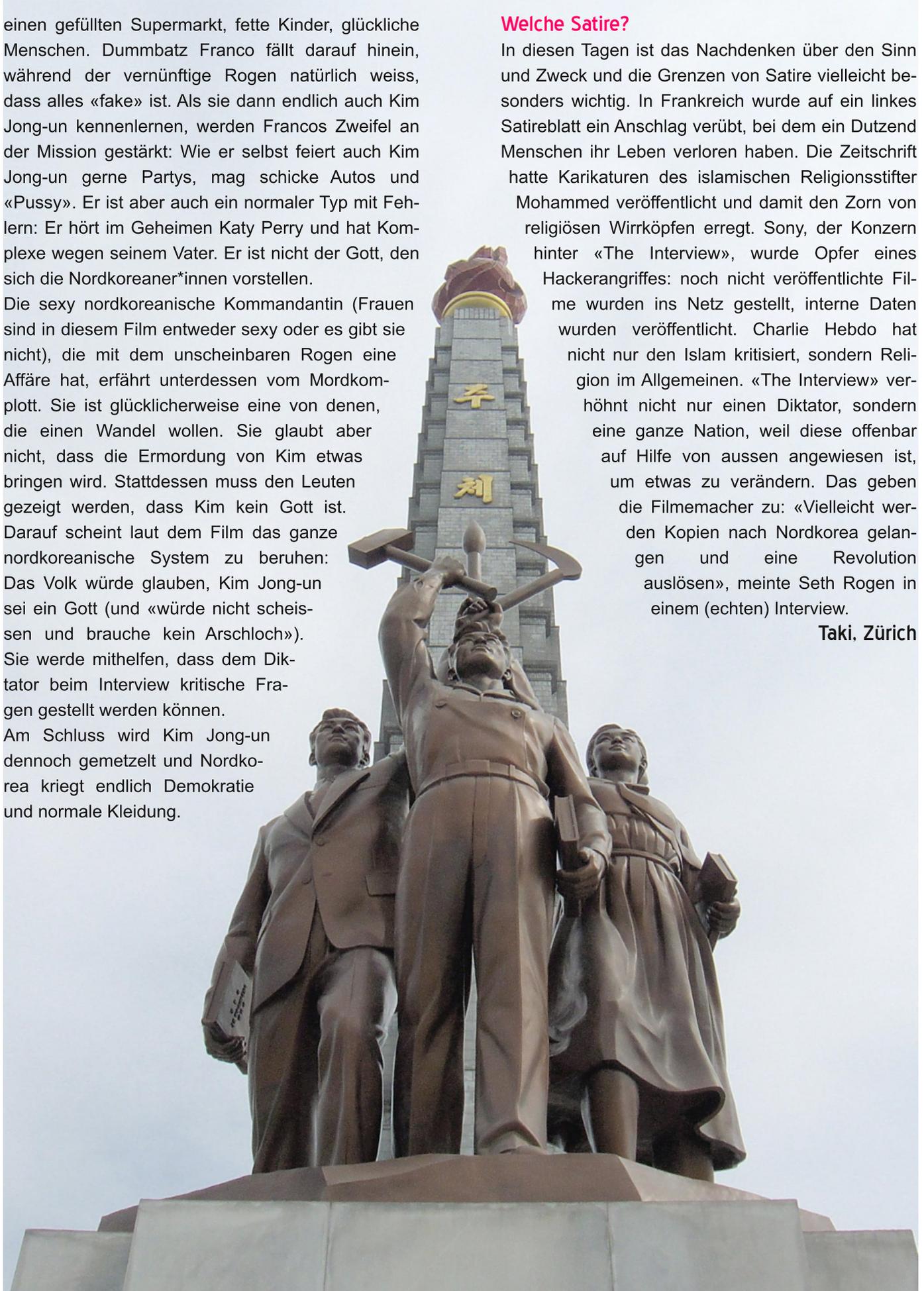
Die sexy nordkoreanische Kommandantin (Frauen sind in diesem Film entweder sexy oder es gibt sie nicht), die mit dem unscheinbaren Rogen eine Affäre hat, erfährt unterdessen vom Mordkomplott. Sie ist glücklicherweise eine von denen, die einen Wandel wollen. Sie glaubt aber nicht, dass die Ermordung von Kim etwas bringen wird. Stattdessen muss den Leuten gezeigt werden, dass Kim kein Gott ist. Darauf scheint laut dem Film das ganze nordkoreanische System zu beruhen: Das Volk würde glauben, Kim Jong-un sei ein Gott (und «würde nicht scheissen und brauche kein Arschloch»). Sie werde mithelfen, dass dem Diktator beim Interview kritische Fragen gestellt werden können.

Am Schluss wird Kim Jong-un dennoch gemetzelt und Nordkorea kriegt endlich Demokratie und normale Kleidung.

Welche Satire?

In diesen Tagen ist das Nachdenken über den Sinn und Zweck und die Grenzen von Satire vielleicht besonders wichtig. In Frankreich wurde auf ein linkes Satireblatt ein Anschlag verübt, bei dem ein Dutzend Menschen ihr Leben verloren haben. Die Zeitschrift hatte Karikaturen des islamischen Religionsstifter Mohammed veröffentlicht und damit den Zorn von religiösen Wirtköpfen erregt. Sony, der Konzern hinter «The Interview», wurde Opfer eines Hackerangriffes: noch nicht veröffentlichte Filme wurden ins Netz gestellt, interne Daten wurden veröffentlicht. Charlie Hebdo hat nicht nur den Islam kritisiert, sondern Religion im Allgemeinen. «The Interview» höhnt nicht nur einen Diktator, sondern eine ganze Nation, weil diese offenbar auf Hilfe von aussen angewiesen ist, um etwas zu verändern. Das geben die Filmemacher zu: «Vielleicht werden Kopien nach Nordkorea gelangen und eine Revolution auslösen», meinte Seth Rogen in einem (echten) Interview.

Taki, Zürich



Das Monument der Juche-Ideologie (sprich: Dschutsche) in Pjöngjang. Drei Personen halten Pinsel, Hammer und Sichel hoch und repräsentieren damit die Vereinigung der Intellektuellen, der Arbeiter*innen und der Bäuer*innen. Foto: yeowatzup, 25.09.2008.

Venus und Stalin

Sie, ihre Füße badend, trägt kein Kleid,
Das zu durchnässen sie vermeiden müsste.
Sie zeigt dem All in Sommerheiterkeit
Den Hintern und die weltberühmten Brüste.

Er, nebst noch einer Schreibkraft, prüft, erwägt,
Am Saum des Quellbachs hingestreckt, Berichte.
Damit sie Zephir nicht von dannen trägt,
Benutzt er Kieselsteine als Gewichte.

Gelegentlich lässt er das Auge ruhn,
Das väterliche, auf den prallen Lenden
Der Göttin, die, versunken in ihr Tun,
Ein Bein gewinkelt hebt mit beiden Händen.

Ein milder Glanz geht, eine stille Pracht
Unwiderstehlich aus von diesem Paar.
Die Liebe und Sowjetmacht
Sind nur mitsammen darstellbar.

Peter Hacks (1928-2003)
DDR-Lyriker

WER WIR SIND

Die Kommunistische Jugend Schweiz (KJS) versteht sich als Zusammenschluss von Jugendlichen, die sich mit den herrschenden Verhältnissen nicht abfinden wollen. Im Mittelpunkt unserer Politik stehen die Interessen der Arbeitenden und der Jugend. Unsere täglichen Kämpfe verbinden wir mit dem Kampf gegen das gesamte System. Bei uns sind Lehrlinge, Gymi-Schüler, junge Arbeiterinnen, Arbeitslose sowie Student*innen organisiert, die die Idee einer gerechten Welt vereint. Nur gemeinsam können wir erfolgreich für unsere Rechte kämpfen und die Verhältnisse zum Tanzen bringen. Dafür brauchen wir auch dich. Mach mit in der KJS!

www.KommunistischeJugend.ch
Zuerich@KommunistischeJugend.ch

WAS WIR WOLLEN

Wir wollen alles. Alles was ist, und alles was möglich ist. Und wir kämpfen darum. Heute schon. Etwa um diese Dinge:

Lehre

Die Bosse und Cheffinnen beuten die Lehrlinge gnadenlos aus. Für einen mickrigen Lohn müssen die Lehrlinge die gleiche Arbeit wie die älteren Arbeiter*innen leisten, Überstunden schieben und auch noch die Drecksarbeit verrichten. Wir fordern bessere Löhne für die Lehrlinge, keine überlangen Arbeitstage, keine fachfremden Tätigkeiten während der Lehre, mehr Lehrplätze, eine strenge Kontrolle der Betriebe und längere bezahlte Ferien.

Gewerkschaft

Alleine machen sie dich platt, organisier dich! Das gilt sowohl für die Arbeitenden wie für Arbeitslose - mit oder ohne Arbeitserlaubnis. Ständig werden Stellen eingespart, Löhne und Sozialleistungen gedrückt, das Arbeitsrecht wird aufgeweicht. Mit der Gewerkschaft kann dagegen gekämpft werden. Aber dazu brauchen wir eine kämpferische Gewerkschaft, die zur Solidarität anstrebt, Streiks führt und nicht vor den Bonzen kuschelt.

ÖV

Die Jugend braucht einen kostenlosen ÖV. Besonders Lehrlinge sind auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen, um zur Ar-

beit zu kommen. Man macht mit ihrer Arbeit Profit, also kann es nicht sein, dass sie auch noch die Fahrt zur Arbeit selbst zahlen müssen. Darum: Der ÖV gehört für die Jugendlichen kostenlos; zahlen sollen die Chefs und Firmen!

Wohnen

Die Wohnung ist mehr als nur der Ort zum Pennen - da spielen sich soziale Kontakte ab, da holst du deine Freund*innen hin, da feierst du mal 'ne Party. Aber guter Wohnraum ist knapp und teuer. Deshalb fordern wir ein staatliches Wohnbauprogramm, das für günstigen und lebenswerten Wohnraum sorgt. Die Mieten müssen sich am Einkommen orientieren und die Spekulation mit Wohnraum muss beseitigt werden.

Frieden

Kapitalismus bedeutet immer auch Krieg. Die internationalen Konzerne lechzen nach Rohstoffen und billigen Arbeitskräften in der Dritten Welt und führen dort immer wieder Raubzüge durch. Mit Phrasen wie «humanitärer Intervention» beschönigen sie ihre Aggressionen. Wir verteidigen deshalb das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen solche Einmischungen. Nur die Völker selbst können ihren Entwicklungsweg wählen - Frieden wird jedoch allein der Sozialismus bringen, auf welchem Weg man ihn auch erreicht.

Ich bestelle ein:

- Probeabo (3 Ausgaben gratis)
- Jahresabo für 20 Franken
- Soli-Abo für 40 Franken

Ich will:

- Infomaterial von der KJ
- einen coolen KJ-Pulli für 30 Franken
- aktiv werden

Adresse

Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Telefon/E-Mail:

Bitte
frankieren

Njet! Das kommunistische Jugendmagazin
c/o Partei der Arbeit Zürich
Postfach 8721
8036 Zürich